

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gevaltene Kolonelzeile oder deren Raum 2.50 Mf., bei Plakatvorrichtung 3.— Mf.: Familienanzeichen, die 7 gevaltene Zeile 2.— Mf. Nekrolog-Kolonelzeile 10.— Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Erfassung der Sachwerte.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kreditshilfe gefassten Beschlüsse schriftlichen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzesgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der forschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarke Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stillegung der Notenpreise, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unabdingbarer Ablehnung aller Versuche einer Überführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen burokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnsanierungssicherungen vorgeschenken werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Bechlußfassung über folgende gegebenerberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmen und die Handelswirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditsicherheit des Reiches.

3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.

4. Schärfe Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.

5. Beschränkung der Einfuhr auf das Leben notwendige.

6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.

7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnottopfers.

8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensverpflichtung zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentcheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuzahlen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen.

9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Gegen die Stinnesierung der Eisenbahnen.

Generalstreik als Antwort der Eisenbahner.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten vom Deutschen Eisenbahnerverband im Ziel des Busch veranstalteten Protestversammlung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen wurde eine Resolution angenommen, die u. a. sagt,

dah die Versammelten bei einer Durchführung des Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik antworten würden.

Die Reichsarbeitgemeinschaft technischer Beamtenverbände erläutert ebenfalls eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Eisenbahnen. Sie verlangt, daß der Betrieb der Eisenbahnen wirtschaftlich gestaltet werde, aber sie ist der Ansicht, daß die Behauptung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Sanierung sei nur durch die Überführung in die Privatwirtschaft zu erreichen, nicht beweisbar sei.

München, 15. November. (DA) Die Konferenz der Vertrauensmänner des Bayerischen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk München hat sich mit der Entstaatlichung der Eisenbahnen beschäftigt und in einer Enthaltung energisch dagegen gestellt. Darin heißt es u. a.: „Die Konferenz schließt sich dem Protest der Vertreter der Großorganisation gegen die Preisschaffung der deutschen Reichseisenbahnen an das Privatkapital rückhaltlos an. Die Konferenz erläutert die Vertreter ihrer Großorganisation, im Kampfe gegen die Auslieferung der Eisenbahnen an das Großkapital kein Mittel unversucht zu lassen, um diese Preisschaffung hinauszuhalten. Die Konferenz gelöst, die Großorganisation in allen ihren Schritten zu unterstützen und ihr die nötigen Mittel dazu zur Verfügung zu stellen.“

Karlsruhe, 17. November. Die Funktionärsversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Baden, sprach sich gegen die geplante Entstaatlichung der Reichseisenbahnen aus und verlangte, daß die praktischen Forderungen der Fachleute sowohl im Betriebe wie im technischen Dienst mehr zur Geltung kämen. Vor allen Dingen müsse den Anträgen der Betriebs- und Beamtenräte mehr Achtung verschafft werden.

Eine Rede Dr. Wirths.

Das Kreditangebot der Deutschen Industriellen undiskutabel.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichskabinett der deutschen Zentrumspartei hielt gestern der Reichsminister Dr. Wirth eine eingehende Rede über die innen- und außenpolitische Lage. In seinen Ausführungen erklärte er die politische Lage mehr als verlorene und unlösbar. Das Kreditangebot der deutschen Industrie halte er für unannehmbar und überhaupt nicht diskutabel. Von einem mobilisierten Angebot der Industrie sei ihm bisher noch nichts bekannt. Aus der Versammlung heraus wurde ihm bei seinem Urteil über das Industrieangebot lebhaft zugestimmt. Die großindustriellen Kreise des Zentrums ließen in der Ausschüttung keinen Zweifel darüber, daß sie mit der Enthaltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sich niemals haben bestreunden können.

Der Popanz des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Essen redete der preußische Ministerpräsident Braun in einer sozialdemokratischen Versammlung. Er sagte, die Deutsche Volkspartei habe sich vor kurzem verpflichtet, die Republik zu schützen und festigen zu helfen. Wenn sich herausstelle, daß die Mitarbeit der Sozialdemokratie fruchtlos sei, dann werde die Koalition ebenso schnell gelöst, wie sie geschlossen wurde. „Wir stehen heute vor der Frage, ob wir einer sozialen und friedlichen Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens entgegengehen oder einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Bürgertum und dem Proletariat einfachen wollen. Das Letztere würde den vollen Untergang des deutschen Volkes bedeuten. Die Sozialdemokratie wird sich für den ersten Weg entscheiden.“

Skandalöse Behandlung der bayrischen Gesangenen.

Selbstmordversuch des Festungsgesangenen Marshall.

München, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der schwer magenleidende Festungsgesangene Marshall in Niederschönhausen bemühte sich seit langem um lachhundige ärztliche Behandlung, sie wurde ihm verweigert. Der Arztkonsulent erklärte ihm schon des öfteren, er fühle sich mehr als Beamter, der Beschleve vorgesetzter Stellen auszuführen habe, denn als Arzt. Marshall wurde bisher trotz häufiger Schmerzattacken verboten, sich zur Nachtzeit ein Licht anzusehen. Gelegentlich eines schweren Anfalls stellte sich starkes Erbrechen ein. Seine Bitten um eine Lampe wurden abgelehnt, obwohl er sie gebraucht hätte, um seine Zelle zu reinigen. Seine Beschwerde hatte Bestrafung mit Einschluß zur Folge. Verzweifelt ob der andauernden unmenschlichen Behandlung schnitt er sich die Pulseader auf. Nur weil der Selbstmordversuch noch rechtzeitig bemerkte wurde, konnte Marshall gerettet werden. Es ist höchste Zeit, daß von Reichs wegen gegen die Zustände in Niederschönhausen vorgegangen wird, wenn weiteres Unheil verhindert werden soll.

Der Rostschrei der Verzweiflung.

Die Ernährungslage des deutschen Volkes geht einer katastrophalen Entwicklung entgegen. Die Preise der Lebensmittel und sämlicher anderer, zur Deckung des notwendigsten Bedarfs erforderlichen Produkte steigen von Tag zu Tag, so daß die Löhne, die vor kaum vier Wochen festgesetzt worden sind, durch die Preiserhöhung längst überholt wurden. Bei allem ist ein Abschluß des Steigens der Preisfurze heute nicht abzusehen, um so weniger, da sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine Kaufwut entwickelt hat, die das Ansehen der Preise nur noch befördern muß. Die Kaufleute werden geradezu bestürmt, so daß in Berlin und anderen Städten die Läden nur noch stundenweise geöffnet bleiben. Die Preise werden durch diesen Ansturm in die Höhe getrieben, bis die Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes vollkommen gelähmt ist. Freilich ist die Arbeiterschaft nur im geringen Maße fähig, sich an Hamsterausläufen von Waren zu beteiligen, und es ist nicht verwunderlich, wenn am vergangenen Dienstag in Berlin bereits Arbeitslose in die Läden drangen und Plünderungen an den vorhandenen Beständen unternahmen. Das sind Schreie der Not, die sich in den nächsten Tagen und Wochen überall bemerkbar machen werden. Was soll der Arbeiter tun, was insbesondere die Arbeitslosen, die Rentner und Pensionäre, die bisher schon am Hungertuch nagten, denen aber angesichts der geradezu fahrlässigen Preise jede Lebensmöglichkeit genommen wird? Alle Entlastungsschritte des Bürgertums verhallen an dem Drang, das Lebensnotwendigste zu erhalten, um der völligen Verelendung zu entgehen.

Wir halten nach wie vor diese Methoden der Selbsthilfe für vollkommen versetzt, wenn wir anderseits auch die psychologischen Beweggründe dazu verstehen. Durch derartige Plünderungsmethoden wird vorübergehend einem kleinen Teil der Gesamtbevölkerung geholfen, ohne daß damit dem Proletariat als Klasse auch nur die geringste Hilfe zuteil werden könnte. Der Kampf gegen die Teuerung und ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen kann nur auf breiterster Basis geführt werden. Die Preissteigerungen sind untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden, das uns durch den imperialistischen Weltkrieg in den Zustand des vollen Zusammenbruchs geführt hat. Der Kampf gegen den Hunger, der Kampf gegen die gestiegenen Preise muß daher seine Konzentration in dem Kampfe gegen den Kapitalismus finden.

Die Entwicklung der Preise hat eine geradezu erschreckende Tendenz angenommen. Während im Juni 1921 der Gesamtmittelindex für deutsche Waren, berechnet nach den Aufstellungen der Frankfurter Zeitung, 128 betrug, ist er nach Mitteilungen der Frankfurter Zeitung vom 6. November bereits auf 248 gestiegen. Die eigentliche Preissteigerung aber hat erst eingezogen in den letzten vierzehn Tagen, so daß heute der Index aller Wahrscheinlichkeit nach auf nicht viel weniger als 300 stehen wird. Die Preise aller Waren haben sich demzufolge im Zeitraum von vier Monaten um mehr als das Doppelte erhöht. Wo sind demgegenüber die Löhne geblieben, die sich diesem gewaltigen Ansteigen der Preise hätten anpassen müssen? Die katastrophale Entwicklung unserer gesamten Wirtschaftslage zeigt sich am allerdeutlichsten dann, wenn wir die Friedenspreisverhältnisse der Entwicklung der Preise nach dem Zusammenbruch des Krieges gegenüberstellen. Es ergibt sich dann folgendes:

I. September	II. Dezember	III. März	IV. April	V. Gesamtindex
u. über	(Werte u. über)	(Werte u. über)	(Werte u. über)	
Friedensindex	11.38	3.37	7.15	12.00
Januar 1920	100	100	100	100
Januar 1921	154	97	120	148
Juli 1921	145	79	115	135
September 1921	211	96	125	166
Oktober 1921	227	120	151	208
November 1921	317	168	210	251
				248

Bei dieser Auffassung handelt es sich um die Zusammenfassung einer größeren Anzahl verschiedener Produkte. Um aber zu zeigen, wie sich die Preissteigerung eines herausgegriffenen Produkts in den letzten Monaten entwickelt, dafür folgende Tatsache. Das Leder zu einem Kinderboxstiefel kostete im Jahre 1914 5.85 Mf., der Höchstpreis unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft betrug 20.25 Mf., nach dem heutigen Lederpriis aber kostet das Leder, das erforderlich ist, um einen gewöhnlichen Kinderboxstiefel herzustellen zu können, 204 Mf., das ist das 35fache des Friedenspreises. Die Preise ziehen noch immer weiter an, und bei der gegenwärtigen Lage unserer Valuta ist ein Ende vorläufig nicht abzusehen, so daß wir auf dem besten Wege sind, polnische bzw. auch russische Preise zu erreichen.

Gegenüber einer derartigen Gestaltung der Preise haben alle Maßnahmen der einzelstaatlichen und Reichsernährungsminister keinerlei Bedeutung, um so weniger als die Industriellen bewußt auf den Zusammenbruch hinarbeiten, um die Arbeiterschaft durch Hunger mürbe und völlig kampfunfähig zu machen. Eine unterernährte Arbeiterschaft, das wissen sie, ist wohl zu Verzweiflungsausbrüchen jederzeit geneigt, die Kampfkraft im allgemeinen aber sinkt, je weiter die physische Widerstandskraft fällt. Und das W

der Zweck, den die Industriellen verfolgen, indem sie mit dem Kreditangebot jede Reform solange hinauszögern wollen, bis jede Reformmöglichkeit überhaupt verschwunden ist. Dann glauben sie, dass die Zeit gekommen sei, um ihre Herrschäftspläne zu verwirklichen, der Republik den Todesstich zu verleihen und die Monarchie erneut zu proklamieren. Das ist der Sinn der Politik, die von Industriellen betrieben wird, und leider lassen sich weite Kreise der wohlsindenden, nichtbesitzenden Bevölkerung für deren Absichten widerstandslos betrügen. Sie werden erst dann zur Erkenntnis ihrer Unvernunft gelangen, wenn die Besitzenden offen mit ihren Forderungen ausgehen und dem Proletariat, der deutschen Arbeiterschaft das Knie auf die Brust drücken.

Die deutschen Gewerkschaften haben ihrerseits Forderungen formuliert, die der gesamten deutschen Arbeiterbewegung als Absichtshinweis dienen sollen. Sie gehen im wesentlichen überein mit dem, was die USPD vor Wochen bereits gefordert hatte. Die politischen Parteien der deutschen Arbeiterschaft vertreten nur je einen Teil der deutschen Arbeiterschaft. In den Gewerkschaften aber ist das organisierte Proletariat Deutschlands erstaunlicherweise noch immer als Einheit zusammengefasst. Darum wird es Aufgabe aller Arbeiterparteien sein, die Forderungen der Gewerkschaften mit aller Energie zu stützen, so dass, wenn sonst nicht anders möglich, unter Führung der Gewerkschaften die Einheitsfront der Arbeiterschaft zustande kommen muss. Es handelt sich hier um nichts weniger als um das Sein oder Nichtsein des deutschen Proletariats. Wenn alle Arbeiterparteien gemeinsam mit den wirtschaftlichen Organisationen zu der Auffassung gelangen, dass nur die Erfassung der Sach- und Goldwerte als alleiniger Ausweg noch übrig bleibt, dann muss sich die gesamte nichtbesitzende Klasse Deutschlands um das Banner dieser Forderungen scharen, um einen letzten Versuch zu machen, der vollen Verständigung zu entgehen.

Das Bürgertum hat sich in allen seinen Schichten fest zusammengeschlossen, gruppirt um die Forderung der Erhaltung des Besitzes. Die Arbeiterschaft hat leider den einheitlichen Willen, den Besitz für die Folgen des Krieges heranzuziehen, noch nicht auszubringen vermöcht. Hoffen wir, dass in letzter Stunde unter Führung der Gewerkschaften die Einheitsfront zustande komme, damit das deutsche Proletariat, das bereits so großen Peilenungen unterworfen ward, endlich den einheitlichen Willen zur Abwehr finde.

Zum Kampf um die deutschen Werke. Eine Note der deutschen Regierung.

In der Angelegenheit der Deutschen Werke hat das Auswärtige Amt an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission ein längeres Schreiben gerichtet und gleichzeitig der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts überreichen lassen. In dem Schreiben wird hervorgehoben, dass die Umgestaltung der Werke auffriedenswirtschaftliche Arbeiten bereits vor dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen erfolgt sei, und das deshalb die vormaligen Reichswerte nicht als „Heeresgutsfabriken“ im Sinne des Artikels 168 des Friedensvertrages angesehen werden könnten. Weiter wird darauf hingewiesen, dass sich die Botschafterkonferenz seinerzeit mit dem Fortbestand der Werke einverstanden erklärt habe. Die gestellten Bedingungen seien in vollem Umfang erfüllt worden. Die Umstellung der Werke sei unter den Augen und unter der ständigen Kontrolle der Militärkontrollkommission und deren Unterkommissionen vor sich gegangen. Jegendwolcher Einspruch sei von keiner Seite erfolgt. Dann heißt es wörtlich in dem Schreiben:

„Nach jahrelanger, mühsoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende, sichere Existenz gewährleiste. Da fehlten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die in völlem Widerstreit mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschluss der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 den durch diesen Beschluss garantierten Fortbestand der Werke auf das äußerste gefährdeten.“

Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage I dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, dass die Erfüllung der Forderungen der Kommissionen in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge haben und damit nicht nur alles bisher Geleistete zu nichts machen, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde.

Die deutsche Regierung ist sich bewusst, dass sie kein Versehen trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswchsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Loren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieb einer für allemal den Charakter von „Heeresgutsfabriken“ zu nehmen. Werke von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage II im einzelnen dargestellt. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Fabrikation von Kriegsgütern ist damit beseitigt. Dafür, dass die Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgelöste Kontrolle der Kommissionen, — auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst stehen dafür ein.

Die deutsche Regierung verkennt nicht, dass es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 auf das schärfste zu überwachen; sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch nur den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so manchen Maßnahme gefasst, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte. Im vorliegenden Falle aber muss sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommissionen nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geziert sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergründung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

In Zusammenfassung der in den Anlagen I und II enthaltenen Darlegungen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, dass

1. im Werk Spandau-Hasselhorst die Fabrikation von Schuhmassen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 20. September 1921);

2. im Werk Wolfgang die Herstellung von Kollodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filzwolle und Kunstdeder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schmiedepapier, Waggon- und Lokomotivreparaturen und anderes) unter Beaufsichtigung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen weiter zugelassen werden (Aufhebung der Note vom 30. September 1921 sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zertifizierungsforderungen der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich der Anlagen im Werk Wolfgang);

3. im Güternwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerks genehmigt wird (Note vom 9. September 1921);

4. a) die von der Distriktskommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Hasselhorst und von der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich des Werks Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstreuung dringend benötigter, zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschäftigt werden;

b) die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht untersunden und ausgleichender Transport von Werk zu Werk nicht gesperrt wird;

c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschränkung noch zerstreuungsfähig bleibenden Maschinen eine Verkaufsstelle geschaffen wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt;

5. die durch den Beschluss der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Befriedigung der Verfügungsberechtigung der Deutschen Werke A.-G. über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage I der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der Deutschen Werke A.-G. getroffenen Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

In Anlage II sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anordnung der Kontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von „Heeresgutsfabriken“ zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen.

Sieben Turkessaner laufen wieder in Deutschland umher.

Der kommunistische preußische Landtagsabgeordnete Kunze aus Remscheid hat an die Bezirksleitung seiner Partei ein Schreiben gerichtet, worin er die Gründe für den Parteiaustritt darlegt. Da die Gründe politischer Natur sind und allgemeines politisches Interesse haben, sollen wir das folgende darüber mit:

„Für mich ist deshalb das Vertrauen zur gegenwärtigen Zentrale vollständig zerstört worden. Wir bauen jetzt — wenn es uns gelingt — auf, um es im gegebenen Moment wieder zerstören zu lassen. Also, ich habe nicht die Auffassung, dass die gegenwärtige Politik weitergeführt wird. Man wird bald wieder in das entgegengesetzte Extrem versetzen. Wenn man dann nach einer Aktion wieder Kritik übt, wird man als Lump und Verräter beschimpft, wie es Levi und andern ging. Ich bin es meinem Gewissen schuldig, rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen.“

Folgendes trug zu dem schwerwiegenden Schritt, den ich getan, bei:

Nicht weniger als sieben Kommissäre laufen wieder in Deutschland mit Austeritäten umher, von denen die Zentrale nichts weiß. In welchem Sinne arbeiten diese Genossen und wer ist imstande, für Verantwortung für das zu übernehmen, was sich aus dieser Tätigkeit ergibt?

Bela Kun schrieb an den Genossen Thalheimer einen Brief, in dem die Bemerkung steht: Wir müssen mit den Wölfen heulen solange, bis unsre Zeit kommt!

Genosse Eckert schreibt aus Moskau an die Zentrale und fordert sie auf, wieder die Initiative zu ergreifen, also das Gegenstück des Radischen Brüder, der zu einer Politik der Sammlung die Anleitung gibt. Der Bruder wimmelt von Beschimpfungen der Gewerkschaftsführer: Lumpen, Verräter usw. Eine Methode, die uns schon schweren Schaden zugefügt hat.

Unter Führung des „verdienstvollen“ Genossen Massow gehen die Berliner Genossen dazu über, die Beitragsverhöhung für die Gewerkschaften abzulehnen. Wie reimt sich das mit dem Grundsatz: Eroberung der Gewerkschaften zusammen? Glaubt man denn, die Beiträge nach der Eroberung beständig erhöhen zu können? Wie wirkt das weiter auf die Gewerkschaftsarbeits in der Provinz? Der Teufel soll unter diesen Umständen den Gewerkschaftsführern entgegen treten. Während man bis vor kurzem gegen die Rechter mit einer geradezu dragonischen Strenge vorgegangen ist, lässt man diese Saboteure von uns ungeliebt.

Endlich bin ich der Auffassung, dass wir alle Veranlassung haben, die 21 Bedingungen einer gründlichen Revision zu unterstützen. Die Annahme, dass der Kapitalismus eines schnellen Todes stirbt, scheint nach der Entwicklung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage immer unwahrscheinlicher zu werden. Wir müssen uns neben der ständigen Kampfbereitschaft auf längere Zeit einstellen....

Damit komme ich zum Schluss auf einen weiteren wunden Punkt zu sprechen. Es ist uns unmöglich, frei und offen eine Meinung zu sagen. Tut man es, so gerät man unfehlbar bei irgend welcher Instanz in Ungnade. Die Angst vor der Brotlosmachung beherrscht viele unserer Parteigenossen. Ich bin fröhlich, gemachtregt worden, weil ich dem Unternehmer öfter die Meinung sage. Jetzt als Angehöriger der Arbeiterschaft soll ich vor der Instanz fischen? Wenn ich nur als dummer Hesole ohne eigene Meinung in der Partei arbeiten soll, dann ziehe ich es lieber vor, wieder in die Werkstätte zu gehen.“

Die deutschen Arbeiter wissen also, woran sie sind, wenn jetzt wieder eine Aktion fällig ist. Die plötzliche Erklärung der Kommissionzentrale, dass sie mit der USPD. und der SPD. eine neue Aktion zur Errichtung einer sozialistischen Regierung unternehmen will, findet nun ihre drastische Erklärung in der Meinung, dass wieder sieben Turkessaner Deutschland unsicher machen und die Arbeiterschaft für einen neuen Krieg zu gewinnen suchen. So leicht wie im vergangenen Frühjahr wird den Turkessanern ihr verbrecherisches Werk diesmal wohl nicht gelingen.

Auch eine „Fürsorge“ für Reichsbeamte und Angestellte.

Der Berliner Volkszeitung wird mitgeteilt, dass die Oberpostdirektion Düsseldorf vor einiger Zeit durch den Ausbau in den Büros der Düsseldorfer Postämter folgendes bekanntgaben ließ:

Bei der Oberpostdirektion wird in den nächsten Tagen voransichtlich Trinkbranntwein ausgegeben werden, der sich im Preise von 20.50 M. bis 30.50 M. für 1 Liter bewegt. Der Brantwein wird nur in einer Menge bis zu drei Litern zur Verwendung im eigenen Haushalt der Postbeamenschaft abgezogen.

Doch es sich nicht um eine vereinzelt Liebhäuser einer Postdirektion, sondern um ein planmäßiges Vorgehen handelt, beweist ein weiterer Fall. Bei der Beamtenkasse des Bahnhofs Gumbinnen ist Anfang Oktober ein Erlass des Reichsministers vom 28. Juli 1921 (Nr. IV. 1/5242 21) bekanntgegeben, in dem es heißt:

„Ich habe nichts dagegen einzubringen, dass in Wirtschafts-

organisationen auch außerhalb der Reichsministerverwaltung auf Wunsch Trinkbrantwein in mäßigen Grenzen gegen Bezahlung abgegeben wird. Als Wirtschaftsorganisationen gelten Wirtschaftsvereinigungen der Beamten, Angestellten, Handwerker und Arbeiter bei Behörden und Privatbetrieben, welche keine eigene Verkaufsstelle unterhalten, also insfern schon die Gewähe blieben, doch der Trinkbrantwein nicht in den Handel kommt. Es wird bei der Abgabe von Trinkbrantwein vorausgesetzt, dass die Wirtschaftsvereinigungen auf Grund von Einzelbestellungen ihrer Mitglieder den Trinkbrantwein für sie beziehen und dabei nur einen zur Deckung der Kosten bemessenen Preisauflage erhalten. Die Wirtschaftsvereinigungen müssen dafür einstecken, dass sie den Trinkbrantwein nur zur Verwendung im eigenen Haushalt ihrer Mitglieder abgeben...“

Der Erfolg des Reichsministers ist an das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Gaust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein ist von sehr großer Bedeutung und kostet 38.45 M. pro Liter.“

Saust Schnaps — das ist der gute Rat, den die um das Reichsverpflegungsamt in Gumbinnen gegangen und von dort an die Eisenbahnstation Gumbinnen weitergegeben. Diese gibt ihn an ihre Beamtenchaft bekannt mit der Bemerkung: „Der Brantwein

ausländische Mitwirkung Großbritanniens bei den Seebefreiungen. Politisch war Polen seit durch seine Allianz mit Frankreich gebunden und wird, wenn es sich um Deutschland handelt, der polnischen Politik gegen Deutschland sich anpassen müssen.

Die Stellungnahme Japans.

Nachdem Balfour geendet hatte, hielt Admiral Kato in japanischer Sprache eine Rede, in der er sagte: Japan würdigte in hohem Maße den amerikanischen Plan und ist überzeugt, daß er den Nationen unzählige Vorteile erparat und den Weltfrieden schaffen wird. Japan, das die hohen Absichten, die den Staatenkreis Hughes geleitet haben, zu schätzen weiß, nimmt den Vorschlag im Prinzip mit Freuden an. Es ist bereit, entschlossen zu einer radikalen Herabsetzung der Seesetzungen zu treten. (Lebhafte Befall.) Natürlich wird man die Bedürfnisse der besonderen territorialen Lage Japans in Rechnung ziehen müssen. Zufolgedessen ist eine genaue Prüfung des amerikanischen Planes notwendig. Japan, lobt Kato, hat nie wieder die Rüstung gehabt, Seestreitkräfte zu bestehen, die denen der Vereinigten Staaten oder Englands gleichkommen. Es hat niemals die Vorbereitung eines Offensivkrieges im Auge gehabt.

Nach einer Havas-Meldung führte Kato noch aus, die Vorschläge für den Erhalt der verschiedenen Schiffstypen würden von den japanischen Marinesachverständigen genau geprüft werden, damit gewisse Abänderungen vorgeschlagen werden könnten, die von den amerikanischen und den andern Delegierten erwogen werden könnten.

Eine Erklärung Britlands.

Er sagte u. a.: Die zur Verhandlung stehenden Fragen interessieren vor allem die großen Seemächte. Ich habe mit Freude die Zustimmung Großbritanniens zur Kenntnis genommen. Frankreich sieht dem Marinaproblem nicht gleichmäßig gegenüber. Der Arzg. hat unsre Flotte getroffen, die schon schwächer ist, als sie sein sollte. Aber, fügte Britland mit erhobener Stimme hinzu, es gibt noch ein andres Problem. Wenn das Problem der Abstimmung zu Ende, welches die Grundsätze für Frankreich ist, seinerzeit zur Verhandlung kommt und wenn sich die Welt über die Stellungnahme Frankreichs unterrichtet haben wird, dann, dann ich bin dessen sicher, wird sie gerechterweise annehmen, daß Frankreich nur ein auoreichendes Heer aufrecht erhält und keine Hintergedanken hat.

Nach einem Schlussswort des Staatssekretärs Hughes wurde die Sitzung um 12 Uhr aufgehoben.

Ausschluß der Deutschen.

Washington, 14. November. (Neuter.) Auf einer Konferenz der Vorsitzenden der Delegationen der fünf Großmächte wurde heute beschlossen, daß die Frage der Rüstungseinschränkung von einer Kommission erörtert werden soll, die sich aus allen Hauptdelegierten der fünf Großmächte zusammensetzt. Auch die Erörterung der Frage des Fernen Ostens wurde an eine Kommission verweisen, die aus allen Hauptdelegierten der neu auf der Konferenz vertretenen Mächte besteht. Es wurde auch die Einführung von Unterausschüssen genehmigt, die sich später als notwendig erweisen sollten. Außerdem wurde beschlossen, daß jede Nation, die den Wunsch dazu hat, eine Gesamtheit erhält, ihre Ansichten über die amerikanischen Vorschläge zur Abstimmung auf der morgigen Eröffnungssitzung der Vollversammlung zum Ausdruck zu bringen. Die Verweisung der wichtigsten Fragen auf der Konferenz an eine besondere Kommission beweist die Erörterung dieser Fragen hinter geschlossenen Türen statt in den öffentlichen Sitzungen der Konferenz.

Entdeckung eines Munitionslagers in Potsdam.

Das Woßfische Bureau meldet aus Berlin: Am Sonnabend hat in Potsdam in der Kaserne des früheren 1. Garde-Ulanenregiments, jetzt besetzt mit Teilen des Reiterregiments 4, eine Entente-Kommission die Durchsuchung eines Stalles verlangt, unter dem Munitionsmengen verborgen sein sollten. Die Truppe soll sofort den Stall militärisch absperren und am nächsten Morgen nach weiterer Verständigung mit der Kommission die Durchsuchung bereitwilligst ausführen. Es wurden 240 Kisten Munition gefunden, die dort mindestens zwei Jahre gelagert haben müsste, so daß die zehnte Truppe und die jetzt vorgesetzten Dienststellen in keinerlei Weiseziehung zu ihr gebracht werden können. Die Munition wurde der Reichstreuhänderei übergeben. Es handelt sich um Patronen für Maschinengewehre, die in der Reichswehr nicht geführt werden.

Das will natürlich gar nichts besagen. Die Orgelchen, die das Munitionslager angelegt haben, haben sicher auch dafür gesorgt, daß im gegebenen Moment für die Patronen auch die notwendigen Maschinengewehre zur Verfügung stehen.

Der neue Sowjetvertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 15. November. (DU.) Wie die Dena erfährt, hat der Reichskanzler heute den neu ernannten diplomatischen Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Nikolai Nikolajewitsch Kreitlow, aus Polen der Übernahme seiner Amtsgeschäfte empfangen.

Der Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Ges. 17. November. (DU.) Ihn wird die Kommission für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien nach Gnesen einberufen. Für die Einberufung ist vorläufig der 10. Dezember in Aussicht genommen.

Ges. 16. November. (WTB.) Die Matinmeldung, daß der Wissenschaftsrat den ehemaligen Präsidenten des Bundesrats Calander zum Vorsitzenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen betreffend Oberschlesien bestellt, bestätigt sich.

Verjährliche Haltung des polnischen Ministerpräsidenten.

Paris, 17. November. (DU.) Der polnische Ministerpräsident Bonislawski hat einem Berichterstatter des Matin seine Ansichten über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen mitgeteilt. Bonislawski erklärte: Ich weiß, daß die polnischen Herren immer für Frankreich立场 werden. Aber wir müssen leben, und der niedrige Marktwert ist ein kräftiges Propagandamittel. In Polen sind zahlreiche Geschäfte entstanden, die ungemein gute Beziehungen zum Deutschen Reich unterhalten. Die starke Spannung, die zwischen Polen und Deutschland in der oberflächlichen Frage bestanden hat, hat nunmehr ein Ende. Wir können jetzt mit Deutschland in einem ruhigen, nachbarlichen Verhältnis leben. Die Wunden, die Deutschland Polen zugefügt hat, werden noch lange bluten; aber ich glaube nicht, daß dieser Umstand starken Einfluß auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen hat, denn ganz Europa hat es dringend nötig, so rasch als möglich zu den Zuständen der Vorkriegszeit zurückzugelangen.

Kritische Lage in Budapest.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.) Über die Entwaffnung der aus Westungarn nach Budapest zurückgekehrten Insurgenten ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem Reichsverweser gekommen. Graf Bethlen ließ eine Anzahl Insurgenten verhaften, unter denen sich auch Hajos befand. Es bestand die Gefahr, daß die Betreffenden den Versuch unternehmen würden, die gefangenen Karlistenführer gewaltsam zu befreien und eine orthodoxe Regierung zu bilden. Graf Bethlen kam mit dem Reichsverweser überein, gegen alle Aufständischen vorzugehen. Der Reichsverweser zog jedoch ohne Wissen des Ministerpräsidenten alle getroffenen Vereinbarungen zurück, worauf Bethlen sofort sein Rücktrittsgesuch einleitete. Hochs mußte sich so dem Gras Bethlen legen, da sein Politiker sich dazu hergeben wollte, unter solchen Umständen die Regierungsbildung zu übernehmen und er mußte Graf Bethlen wieder mit der Regierungsbildung beauftragen. Dieser richtete nun seine ersten Schritte gegen Hajos, der über gestern vormittag auf Befehl des Reichsverwesers wieder freigelassen werden mußte. Die Krise ist durch diesen Vorfall sehr verschärft worden.

Wien, 18. November. (DU.) Nach Meldungen aus Budapest, die hier eingelaufen sind, wurden gestern plötzlich sämtliche Gefangnisse durch Militär abgesperrt und die Budapester Garnison in Alarmbereitschaft gehalten. Die militärischen Sondermaßnahmen fanden statt, weil angeblich bei der Regierung eine Anzeige eingegangen sein sollte, nach der bewaffnete Truppen, die aus den geschlagenen Kariputschisten bestehen sollten, sich auf dem Markt nach Budapest beenden. Die Insurgenten sollten die Absicht haben, die Gefangnisse zu stürmen, um die wegen des Kariputschismus verhafteten Politiker, insbesondere Andrássy, Ostenburg, Nádasdy und Benkó, zu befreien. Dass irgend etwas im Gange war, zeigte sich auch daran, daß plötzlich in den Straßen der Stadt bewaffnete Gruppen auftauchten und friedliche Passanten bestürzten, wobei es mehrfach zu blutigen Schlägereien kam.

Freiwilligenwerbung in Budapest.

Budapest, 15. November. (Ungar. Teleg.-Korr.-Bureau.) Der Verteidigungsminister fordert die wehrfähige männliche Bevölkerung im Alter von 17—38 Jahren zum freiwilligen Eintritt in die nationale Armee auf. Die Eintrittenden haben im Mannschaftsstand Dienst zu leisten, doch werden auch Offiziere, Offiziersaspiranten und Unteroffiziere angenommen. Die Dienstpflicht umfaßt 12 Jahre.

Die Demobilisierung in Süßlawien.

Graz, 15. November. Die Tagespost meldet aus Belgrad: Die Demobilisierung ist vollständig durchgeführt. Im Laufe dieser Woche erwartet man den Eintritt normaler Verhältnisse an der ungarischen Grenze.

Karl und Ida in Gibraltar.

London, 17. November. (DU.) Der englische Kreuzer Cardiff, an dessen Bord sich der Kaiser Karl und seine Frau befinden, ist in Gibraltar eingetroffen.

Entlastegarantien für die Abstimmung in Dedenburg.

Wien, 15. November. (DU.) Zwischen der Interalliierten General-Kommission, der österreichischen und der ungarischen Regierung sind gestern Vereinbarungen über die Modalitäten der Volksabstimmung in Dedenburg zustande gekommen. Die Abstimmung darf Ende November erfolgen. Die Vertreter der Entente erklärten, Garantien für die Kontrolle der Abstimmung zu übernehmen. Österreich soll Ende dieser Woche in Besitz des ganzen Burgenlandes sein.

Die Regierung von Ulster zu den Eingangsvorschlägen.

London, 16. November. Der Arbeitsminister von Ulster, Andrews, erklärte in einer Rede in Belfast, daß Koalitionsabkommen habe einen "schändlichen Vertrag" an Ulster verlängert. Es habe vorgeschlagen, daß Ulster einem Parlament für ganz Irland zustimmen sollte. Der Premierminister von Ulster, Craig, und seine Kollegen hätten der britischen Regierung in deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß jede Erörterung, die auf ein Parlament für ganz Irland gegründet ist, ergebnislos verlaufen muß, und die Ulster-Regierung habe verlangt, daß dieser Vorstoß zurückgesetzt werde, bevor irgendwelche Konferenzen zwischen der britischen Regierung und dem Ulsterklub stattfinden.

In London gab zu gleicher Zeit einer der Delegierten die Erklärung ab, daß, wenn die Vorschläge ein Parlament für ganz Irland einschließen, sie für die Sunneiner unannehmbar und unbedeckbar seien. Solche Vorschläge würden nicht einmal erörtert werden. Londoner Blätter bringen dagegen die Meinung zum Ausdruck, daß die Antwort des Ulsterklubs, die für Mittwochabend erwartet wurde, keine beträchtliche Abweichung von der bisherigen Haltung zeigen werde.

Ein amerikanisches Parlament fordert Anerkennung der irischen Republik.

Paris, 16. November. Nach einer Meldung des New York Herald aus Baton Rouge (Louisiana) hat das Staatsoberamt von Louisiana mit 58 gegen 51 Stimmen beschlossen, von Präsident Harding die Anerkennung der irischen Republik zu verlangen.

Fortschritte der ukrainischen Außlandsbewegung.

O. G. Lemberg, 15. November. Nach hier vorliegenden Meldungen sind in der Umgebung Kiews Kämpfe zwischen den Roten Truppen und den Außändischen statt. Die unmittelbar bei Kiew gelegenen Orte Makarow, Borodjanka und Swjatoschin sind bereits vorübergehend von den Außändischen besetzt gewesen. Vor Kamenez-Podolsk sind erneut Kämpfe zwischen Außändischen und der Roten Kavallerie entbrannt. Die polnisch-ukrainische Grenze ist seit einigen Tagen wieder von den roten Grenzposten entblößt und wird ausschließlich von polnischen Grenzwachen gesichert.

O. G. Warschau, 15. November. Die Verbindung zwischen der Warschauer sowjetukrainischen Vertretung und Charkow, dem Sitz der sowjetukrainischen Regierung, ist seit einer Woche unterbrochen. Auch die Moskauer und Petersburger Sowjetpreise schweigt sich über die Vorgänge in der Ukraine aus.

Riga, 15. November. (DU.) Die sowjetukrainische Regierung hat den Kreislandrat über die ganze Ukraine und den Kreislandtag über die Stadt Kiew verhängt.

Kiew in den Händen der Außändischen?

Warschau, 17. November. (DU.) Nach dem Ukrainischen Bataillon haben die Außändischen Kiew besetzt.

Protest der Armenier gegen die Räumung Eliciens.

Wien, 13. November. Die Blätter melden aus Smyrna, die Armenier hätten in einer zahlreich besuchten Versammlung gegen die Räumung Eliciens Protest erhoben. Es sei ein Aufruhr gewährt worden, der den europäischen Wählern und Amerika einen Aufmarsch zu sofortigem Eingreifen zum Schutz des bedrohten Lebens der Armenier übermittelte sollte. Der Aufruhr werde den ausländischen Konsuln einen Protest gegen die Räumung Eliciens überreichen. — Nach hier eingegangenen Meldungen hat der armenische Erzbischof in Smyrna in Verfolg eines Beschlusses des Rates der dortigen armenischen Gemeinde an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Harrison ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, die Armenier Eliciens und Smyrnas befinden sich in großer Erregung wegen der Räumung Eliciens durch die französischen Truppen. Der Erzbischof bittet den Präsidenten um Eröffnung von Mahnmaßen zum Schutz der 150 000 Armenier Eliciens.

Deutsch-Südostwischer Handelsvertrag.

Belgrad, 14. November. (DU.) Die Regierung billigte den Sonderminister vorgestellten Entwurf eines mit Deutschland abzuschließenden Handelsvertrages, dessen parlamentarische Erteilung nun nichts mehr im Wege steht. Auf Grund eines vereinbarten Einvernehmens wird Deutschland an Süßlawien rund 400 Polenstaten und 6000 Männer auf Rekrutierungsstellen liefern. Der Wert der Lieferungen beträgt ungefähr 1½ Milliarden Mark.

Beratungen über Hilfsmahnahmen für die Kriegsopfer.

WTB. meldet: Am Dienstag stand beim Reichspräsidenten unter dessen Vorsitz in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers und des Vertreters des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Vertretern des sieben Spitzorganisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen statt, bei der die Vertreter der Organisationen die durch die Teuerung hervorgerufenen wirtschaftlichen Notlage der Kriegsopfer schätzten und Maßnahmen zu deren Abhilfe beprobt. Im Vordergrunde der Beratungen standen die Gewährung einer Winterhilfe, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und die grundlegende Stellungnahme zur Förderung der Organisationen auf sofortige Reform des Reichsversorgungsgesetzes. Der Reichspräsident und der Reichsarbeitsminister sagten sofortige Beratung der notwendigen Maßnahmen zu. Bereits am 21. und 22. November finden weitere Verhandlungen unter persönlicher Leitung des Reichsarbeitsministers mit den Spitzenorganisationen der Kriegsopfer im Reichsarbeitsministerium statt.

Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 15. November. (DU.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorsitzende sämtlicher Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung rückten durch den Oberbürgermeister an den Reichsarbeitsminister die Bitte, alle Mittel zur Behebung der augenblicklichen dringenden Notlage der Erwerbslosen sofort anzuwenden. Oberbürgermeister Voß hat sich sofort mit dem Reichsarbeitsminister und dem preußischen Wohlfahrtsminister zusammengefunden, um unverzüglich die Erhöhung der Beihilfe der Erwerbslosen in Verbindung zu nehmen.

Der Stand der Valuta.

Amtliche Mittagskurie.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	14. 11. 21	15. 11. 21
1 amerikanischer Dollar	4.12	256.74	260.70
1 englisches Pfund Sterling	20.43	1108.95	1037.95
100 Holländische Gulden	109.00	9341.75	9140.85
100 schwedische Kronen	112.50	5910.05	6053.00
100 Schweizer Franken	81.00	4870.10	4935.05
100 französische Franken	81.00	1848.15	1893.10
100 belgische Franken	81.00	1773.20	1828.25
100 italienische Lire	81.00	1053.00	1083.90
100 deutsch-österreichische Kronen	85.00	—	9.13
100 tschechoslowakische Kronen	—	270.—	278.70
100 ungarische Kronen	—	23.50	24.97

Bon Mah und Fern.

Zusammenstoß zweier Güterzüge. Berlin, 16. November. (Amtlich) Gestern um 8.44 vorm. sind auf der Strecke Wittenberge-Lüneburg zwischen den Stationen Bieder-Dannenberg in Kilometer 179.9 die Güterzüge 7856 und 7879 zusammengefahren. Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Materialschaden erheblich. Gestört sind 2 Schaffner, 1 Person schwer und 4 leicht verletzt. Serrung der Strecke 10 Minuten verhindert wird durch Umleiten an der Unfallstelle aufrechterhalten.

Brand im Stuttgarter Gaswerk. Stuttgart, 17. November. Der Lokalangeiger berichtet aus Stuttgart: In einem der beiden großen Gasbehälter des Stuttgarter Gaswerks in Stuttgart brach heute mittag kurz nach 12 Uhr Feuer aus. Der vor dem Feuer betroffene Gasbehälter füllt 100000 Kubikmeter Gas. Da in dem Behälter zwischen Außenwand und Innenvand Wasser in einer Breite von sechs Metern sich befindet, war eine Explosion des Gasbehälters ausgeschlossen.

Beuthen, 15. November. Gestern früh wurden Beamte und Arbeiter, die 370 000 Mark Löhnungsgelder nach dem Walzwerk Bismarckstraße trugen, von Räubern überfallen. Ein Beamter wurde zu Boden geschlagen, ein Arbeiter durch einen Schuß verletzt. Die durch die Sicherheitsalarmierte Gemeindewache versuchte den Raub. Ein Räuber wurde verhaftet.

Großfeuer in einer französischen Wollkämmerie.

Tl. Ville, 17. November. Ein Großfeuer zerstörte am Dienstagabend die Wollkämmerie Soudan e. Cie. in Troy. Mehrere tausend Arbeiter sind arbeitslos geworden.

Letzte Nachrichten.

Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen.

Das Wahlamt verkündete heute mittag als amtliches Resultat folgende Verteilung der Stadtverordnetenstimme:

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. November.

Parteangelegenheiten.

Parteitag Leipzig.

Parteigenossen! Für die Unterbringung der Delegierten für den in der Woche vom 7. bis 13. Januar 1922 in Leipzig tagenden Parteitag der USPD werden eine größere Anzahl Privatwohnungen gebraucht.

Wir ersuchen daher die Parteigenossen, die in der Zeit vom 7. bis 13. Januar ein Zimmer für einen Parteitagsdelegierten bereit stellen können und wollen, ihre Adresse schriftlich im Bezirksparteisekretariat Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, I., anzugeben.

Die Wohnungen können innerhalb des Stadtgebietes einschließlich der Vororte liegen. Bei der Meldung ist anzugeben, ob ein Zimmer mit einem oder zwei Betten zur Verfügung gestellt werden kann, ob mit oder ohne Frühstück, sowie auch der Preis. Die Genossen erhalten Mitteilung, ob ihr Zimmer belegt wird oder nicht.

Bezirksleitung der USP. Leipzig. J. A.: Schrörs.

Stadtverordnetenfraktion. Bezirksausschusmitglieder der Amtshauptmannschaft und Parteileitung. Gemeinsame Sitzung Sonntag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: Einverleibung der Vororte herv. Zimmer wird an der Tafel bekanntgegeben.

Alt-Leipzig, Sozialistische Kindergruppe. Genossen und Genossinnen, schick eure Kinder Mittwochs von 3–6 Uhr ins Jugendheim, Braustraße 17.

Ortsverein Sommersfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Böhmerwald. Tagesordnung: Verschmelzungsfrage.

Leiterinnen der Kinder spiele treffen sich Montag, den 21. November, abends 1/2 Uhr, im Jugendheim, Braustraße 17.

Betriebsräte, Arbeiter-, Angestelltenräte und Obmänner der Gruppe VI, graphische Industrie. Heute abend 7 Uhr Gruppenversammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Der Paragraph 71 des Betriebsrätegesetzes. 2. Verschiedenes.

Gruppenrat VII, Holzindustrie. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppenrat IX, Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Erhöhung der Gas- und Wasserpreise

Obwohl am 2. November das Stadtverordnetenkollegium mit großer Mehrheit sich gegen die geplante Erhöhung der Gas- und Wasserpreise gewandt hat, ist jetzt unmittelbar nach den Stadtverordnetenwahlen — von der Ratsmehrheit beschlossen worden, die Gas- und Wasserpreise trotzdem herauszuziehen. „Denkt an die durchsichtigen Steuern!“ rief noch einen Tag vor der Wahl der bürgerliche Mischmash den Wählern zu. Die reaktionäre Ratsmehrheit, die diesem bürgerlichen Veto nahesteht, zeigt jetzt den Leipziger Einwohnern, wie es in Wirklichkeit mit dem „Schutz der Bevölkerung vor neuen Belastungen“ bestellt ist. Viele Kleinbürger, unmittelbare Frauen, die in großer Not sind, haben noch am Sonntag bürgerlich gewählt. Heute erhalten sie den Dank dafür in Gestalt höherer Gas- und Wasserpreise. Denn die Ratsmehrheit ist Fleisch vom Fleische jenes bürgerlichen Wahlblocks, der vor der „roten Schiedensherrschaft“ warnte. Diese bestand darin, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wahren, die Armen zu schützen. Die Ratsmehrheit geht über die Not der Unbemittelten rücksichtslos zur Tagesordnung über. Die Gaswerke haben Millionen Mark Überschüsse gebracht. Leipzig gehörte in den letzten Jahren zu den Städten, die sehr hohe Gaspreise hatten. Tut nichts! Die Preise werden erhöht. Die Finanzen sollen auf diese Weise günstiger gestaltet werden, dieselben Finanzen, die durch den Krieg der herrschenden Klassen und durch die Steuerschau der bestehenden zerstört wurden sind. Und wie begründet die Ratsmehrheit ihr Vorgehen? Ihr Beschluss lautet:

Trotz des ablehnenden Standpunkts, den die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 2. November gegenüber der vom Verwaltungsrats der städtischen technischen Werke beschlossenen Erhöhung der Gas- und Wasserpreise eingenommen haben, wurde im Hinblick auf die neuerdings wieder eingetretenen und weiter noch zu erwartenden Kohlenpreiserhöhungen und die Lohn- und Gehaltssteigerungen beschlossen, die vom Verwaltungsrat seitgestellte Gas- und Wasserpreiserhöhung mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft zu setzen. Die Beschlüsse des Verwaltungsrats sind, nachdem ihm beide städtische Körperschaften die Befugnis übertragen haben, auf Grund der sogenannten Koblenz-Klausel Preiserhöhungen für Gas, Wasser und Strom vorzunehmen, nach § 4 des Ortsgesetzes über den Verwaltungsrat für die technischen Werke als endgültig anzusehen. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu geben.“

Auf welch schwachen Füßen dieser Beschluss steht, beweist die Tatsache, daß die Heraussetzung der Gas- und Wasserpreise auch mit den zu erwarten den Kohlenpreiserhöhungen begründet wird. Wenn ein Kaufmann in ähnlicher Weise die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs erhöhen wollte, so riskierte er ein Vorgehen des Wuchergerichts gegen ihn. Der Beschluss der Ratsmehrheit ist gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet. Aus ihr sollen durch Erhöhung der Gas- und Wasserpreise Summen herausgeholt werden zur Füllung der städtischen Kasse. Das ist der Zweck der Uebung. Die Reichen zahlen immer noch keine Einkommensteuer; deshalb werden die Beschlüsse doppelt und dreifach geprägt. So liegen die Dinge. Welch ein böses Gewissen die Ratsmehrheit in dieser Angelegenheit hat, zeigt auch die Tatsache, daß der Beschluss erst nach den Wahlen gesetzt worden ist. Ob nicht doch in manchen Wählerkreisen, die bürgerlich gewählt, die alte Hoffnung, auf den reaktionären Bürgerausschuß gesetzt haben, eine Ernüchterung eintreten wird?

Die Preise sind ab 1. Dezember 1921: 1 Kubikmeter Gas 2 Mt. (bisher 1.74 Mt.), 1 Kubikmeter Wasser 0.77 Mt. (bisher 0.63 Mt.).

Eine Absage an den reaktionären Bürgerblock.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten hatten bereits zu verstehen gegeben, daß der bürgerliche Mischmash den Vorsteherposten im Stadtverordnetenkollegium beansprucht, und sie hatten sogar die Reichsjustiz um Wahlhilfe angebettelt. Die Freie Presse gibt den reaktionären Herrschäften nachstehende Antwort:

„Die ganze Schwere der Situation wird sich schon bei der Wahl des Präsidiums offenbaren. Die Hirschblätter haben diese Frage bereits angeschritten, und sie stellen sich auf den Standpunkt, daß dem Bürgerblock als der starken Fraktion der Vorsteherposten

gebühre. Die Hirschblätter entblöden sich sogar nicht, zu diesem Zwecke an das demokratische Gewissen der Rechtssocialisten zu appellieren. Apropos, Demokrat! Unser Wissen hat man auf jener Seite bisher auf die Demokratie geplätszt. Die Herren möchten uns also vom Hals losziehen. Betrachtet man aber die Frage vom demokratischen Standpunkt, dann muß festgestellt werden, daß die sozialistischen Stimmen die des gesamten Bürgertums um 400 überflügeln haben. Dies wäre der eine Grund, den ersten Vorsteherposten der Sozialdemokratie zuzusprechen. Zählt man aber außerdem noch die auf die demokratische Fraktion gefallenen Stimmen hinzu, so ergäbe sich eine noch ansehnlichere Mehrheit für das Prinzip der Demokratie, mit dem der Bürgerblock wirklich nichts zu tun hat.“

Das ist eine kräftige Dusche, die hoffentlich auf den Bürgerblock abklührend wirken wird.

Wie das Bürgerum die Frau einschätzt.

Uns wird geschrieben: Bei der verflossenen Wahl wurde wieder einmal durch ein treffendes Beispiel der Beweis erbracht, daß man auf bürgerlicher Seite die Frau als Mensch zweiter Ordnung, als minderwertig betrachtet. Im 107. Bezirk in Reudnitz befand sich bisher nie eine Frau im Wahlkomitee. Es war ein recht beschämendes Verlangen, als unsre Genossen am Vorabend der Wahl an den Vorsteher, Herrn Goldschmiedemeister Ilshner, das Ersuchen richteten, eine von uns im Vortrag gebrachte Frau mit unter die Befürworter aufzunehmen. Zweimal wurde unser Ersuchen in der schroffesten Weise abgelehnt. Unser Stadtvorordneten Thiel erklärte der Herr Ilshner, er lasse prinzipiell keine Frau in sein Wahlkomitee hinein. Nachdem unsre Genossen Thiel energisch die Aufnahme forderte, erklärte er sie für eine unverhämliche Person und äußerte, die Zusammenstellung der Befürworter richte sich ganz nach seinem Willen. Trotzdem er von Frau Thiel auf das Vorstinctlulsive seiner Einstellung hingewiesen wurde, setzte er doch seinen Willen durch.

Proletarische Frauen! So sieht die Gleichberechtigung der Geschlechter in bürgerlicher Aussicht aus! Das sind die Vertreter von Parteien, denen noch 93 000 Frauen durch ihre Stimme zu Mandaten verholfen haben!

Dass dieser Wahlvorsteher sich einen würdigen Kreis gleichgezügter zu Befürwortern heranzog hat, beweist auch folgendes Ereignis, das uns von anderer Seite mitgeteilt wird: Herr L. Lorenz, L-Reudnitz, Gemeindestraße 22, II., hat im Wahllokal des 107. Bezirks als amילicher Bevürworter am Wahlvorsitztisch eine Anzahl verschiedener Stimmen, die ihm seine Frau mit einem Wahlumstieg gab, gefordert, einen Stimmzettel in das Kuvet gestellt und dann dieses seiner Frau zum Wählen gegeben. Diese übte ihr Wahlrecht aus, ohne hinter die Wahlzelle zu gehen.

Eine unsre Genossinnen erhob sofort gegen diese Wahlbeleidigung und Verleugnung der Wahlvorsichtigen Protest und forderte die Freisetzung im Protokoll. So behandelt das Bürgerum die Frau. Sie ist bei ihm ein willenloses Geschöpf, dem der Mann vorschreibt, wen es zu wählen hat. Und damit man das Weib ungern als Stimmrechtfertigung benutzen kann, verweigert man der Frau den Befürworterposten im Wahlkomitee.

Die Frauen sind die Mehrheit der Bevölkerung. Sie haben die Geschick der Gemeinde, des Staates, des Reiches in der Hand. Genossinnen, eure unermüdliche agitatorische Tätigkeit muß sie lehren, die unverhämliche Behandlung und Einschätzung durch bürgerliche Männer aufzulösen, damit sie zu bewussten Kämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frau, zu bewussten Kämpferinnen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung erzogen werden.

Protest der sächsischen Gastwirte gegen die Vergnügungs- und Umsatzsteuer.

Am Mittwoch vormittag tagten im Kristall-Palast in Leipzig die Vertreter der organisierten Gastwirte Sachsen, um gegen die erhöhte Vergnügungs- und Umsatzsteuer Protest zu erheben. Es ersehnten der Vorsteher des Saalinhaberverbands in Dresden, Alfred Baum und Redakteur Wagner, Leipzig. Sie wiesen nach, wie die Gastwirte durch die neuen Steuern der Gefahr des Unterganges ausgejedt seien. An die Vorträge schloß sich eine längere Diskussion. Hierauf wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Nicht im eigenen Interesse haben die Gastwirte die Verpflichtung, gegen die den Gastwirte neu zugesetzten Sondersteuern Protest zu erheben, sondern sie sind dazu im allgemeinen Interesse verpflichtet, da jede weitere Steuererhebung zweifellos niemals dem Reiche mehr einbringen wird, sondern die Gesamt besticht, daß die Einnahmen vermindern.

Die versammelten Vertreter der deutschen Gastwirte fordern ihre Spartenorganisation auf, in letzter Stunde die Reichsregierung vor weiteren Belastungen des Gastronomiegewerbes zu warnen. Sie fordern weiter die Spartenverbände auf, vor keinem Mittel zurückzuschrecken, um die Steuer abzuwehren, und dabei sich von dem Motiv leiten zu lassen, daß ein Ende mit Schrecken viel ehrlicher ist, als Schreden ohne Ende.“

Weiter gelangte eine Entschließung zur Annahme, die sich gegen den Gesetzentwurf über den Alloholmibranz wandte.

Ein Verbrechen an armen Säuglingen und Müttern.

Zu welchen Konsequenzen die freie Wirtschaft führt, zeigt uns folgende Zeitschrift des Zentralverbandes der Milchhändler Leipzig über die Erhöhung der Milchpreise:

„Seit einiger Zeit ist die Milch im Städtebezirk Leipzig außerordentlich knapp. Eine größere Anzahl Verbraucherberechtigte konnten nicht mehr beliefert werden. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Milchproduktion infolge des Fehlens von Futtermitteln verringert worden ist und ausländische bei dem Tiefstand unserer Mark nicht hereingeholt werden kann. Dies hat zur Folge, daß die Butterpreise sehr angezogen haben und es keine Machtmittel gibt, diese Phantasielpreise auf das angemessene Zurückzuschrauben. Weiter sind uns durch den aufgezwungenen Vertrag von Versailles die Provinzen Westpreußen und Polen, beides vorwiegend Butter erzeugende Gegenden, entrissen. Zuletzt ist uns der Buttermarkt Hollands, Dänemarks und Südbritanniens teils wegen des geringen Wertes unserer Mark, teils aus innerpolitischen Gründen verschlossen. Da die Verarbeitung der Milch zu Butter infolgedessen rentabler geworden ist, wird keine Milch mehr in die Großstädte verkauft, sondern verbaut. Soll die Milchversorgung in Zukunft nicht ernstlich gefährdet werden, müssen die Milchpreise mindestens so gestellt werden, daß sie den Betrag erreichen, der durch die Verarbeitung erzielt wird. Die nach Leipzig Milch liefernden Erzeuger und Molkereivertreter sowie die Milchhändler haben deshalb beschlossen, allmonatlich die Milchpreise nach den Berliner Butternotierungen zu kalkulieren. Die Preise werden demnach in Zukunft steigen und fallen, je nachdem die Butterpreise notiert werden. Da sich die Preisbildung in einer ganzen Reihe von Städten eingeführt und bewährt hat, so darf es auch in Leipzig hiermit das Richtige getroffen werden. Jede Überhöhung dieser Preise soll wegen Preistreiberei gerichtlich verfolgt werden.“

Wir glauben, daß hier auch noch die Behörden ein Wort mitzureden haben. Der Butterpreis steht, Butter ist ein Luxusartikel für reiche Leute. Soll der Milchpreis auf derselben Stufe in die Höhe gehen, dann kann die Milch für die Säuglinge der Minderbemittelten nicht gelassen werden, dann sterben diese Kinder einfach weg!! Hier werden also sofort die Behörden mit aller Entschiedenheit einzutreten und dafür zu sorgen haben, daß

für Säuglinge, Mütter, Kranken auch fern der Milch zu erschwinglichen Preisen bereitgestellt wird. Hier sehen wir die entsetzlichen Folgen der freien Wirtschaft. Sie gefährdet außer den Nachwuchs. Sie ist ein Verbrechen an den Bevölkerungen, die energisch eine Umgestaltung der Wirtschaft erlämpfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Bezirk Leipzig.

Das Oberversicherungsamt Leipzig hat auf Grund der SS 936 und 938 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung vom 11. April 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 467) den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Bezirk des Oberversicherungsamts Leipzig für die Zeit vom 1. Januar bis mit 31. Dezember 1922 wie folgt festgesetzt:

	Versicherter im Alter von						
	über 21 Jahren	16–21 Jahren	14–16 Jahren	unter 14 Jahren	maennl. Weibl.	maennl. Weibl.	maennl. Weibl.
a) für die in Staatsforstbetrieben beschäftigt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Arbeiter	12000	6000	9000	5500	4800	3800	1500

Ortslöhne im Bezirk Leipzig.

Das Oberversicherungsamt Leipzig hat durch Bekanntmachung am 27. Oktober 1921 auf Grund der SS 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung die Ortslöhne für die Zeit vom 1. Januar 1922 an wie folgt festgesetzt:

Bezirk des Versicherungsamts	Versicherter im Alter von					
	über 21 Jahren	16–21 Jahren	14–16 Jahren	unter 14 Jahren	maennl. Weibl.	maennl. Weibl.
Grimma	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
a) Stadt- u. Landgemarken: Bönnigheim, Beucha, Borsdorf, Brandis, Cämmers, Deuben, Mühlau, Naundorf, Reitzau und Trebien	28.00	18.00	21.00	15.00	12.00	8.00
b) übriger Teil	20.00	14.00	16.00	11.00	12.00	8.00

Abrechnung von Lehrlingen. Die Firma Stöcker u. Co., elektrotechnische Fabrik, Leipzig-Kleinzschocher, Bachamarktstraße 10, beschäftigt neben 38 gelernten Gehilfen 50 Lehrlinge (1) und 3 Volontäre. Schon angesichts dieser Tatsache erscheint es erklärlich, daß an eine Ausbildung dieser Lehrlingschar, selbst bei bestimmen Willen, nicht gedacht werden kann. Es handelt sich also nur um Erlangung von billigen Arbeitskräften, um die in der Massenherstellung vorkommenden Teilarbeiten zu verrichten. Das lädtliche Lehrlinge natürlich bei einer dort so üblichen Arbeitsbeschaffungsnutzung die Lust, überhaupt noch etwas zu lernen, verlieren, erscheint den Herren Chefs total unerträglich, und die Arbeitsleistungen werden durch Drohungen mit Lohnentzug oder Abzügen von Ohrfeigen auf die gewünschte Höhe hinaufgeschraubt. Zur Charakterisierung der dort herrschenden Zustände sei genannt, daß die bloße Zugehörigkeit zu einer Wander- oder Jugendvereinigung genügt, sie als Rücksicht erscheinen zu lassen. Die Behandlung ist dementsprechend. Auch die technische Einrichtung ist so heruntergekommen, daß man von Maschinen, Werkzeugen und sonstigen zum Handwerk gehörigen Vorrichtungen nur einen lärmlichen Überbleibsel gewinnt. Da bei all diesen Mängeln die Firma in letzter Zeit sogar bestrebt ist, für eine gleichliche vierjährige Lehrzeit Vergütung zu verlangen, so kann dort vor dem Eintritt als Lernender nicht genug gewarnt werden.

Immer mehr Mehnhäuser in Leipzig. Der Ausschuss der Technischen Abteilung des Meßamtes hat beschlossen, auf dem Gelände unmittelbar am Zoologischen Garten Ausstellungshäuser nach Art desjenigen am Alten Theater zu errichten. Sie werden voraussichtlich zur Herbstmesse

Unternehmer in zehn Bezirksversammlungen vorzunehmen. Nach einer Ausprache wurde dem Vorstoss zugestimmt. In seinem Schlußwort forderte Kollege Leichgräber auf, die Arbeiten für die Buchkontrolle so schnell wie möglich zu beenden, um eine Erfassung aller Säumigen für die Organisation zu ermöglichen.

Der Streit der Leipziger Heizungsmeute beendet.

Der Streit der Leipziger Heizungsmeute und Helfer wurde nach dreiwöchiger Dauer am Sonnabend, dem 12. November, unter folgenden Bedingungen beendet:

Die bisherigen Löhne erhöhen sich um 2.50 Mt. pro Stunde, so daß der Mindestlohn

für Monteure ab 15. Oktober 1921 . . . Mt. 11.00

für Helfer im ersten Jahre Mt. 8.00

für Helfer bis zum dritten Betriebsjahr Mt. 9.80

für Helfer mit längerer Betriebsdauer Mt. 10.30 beträgt.

Die Auslösung wurde von Mt. 25.00 auf Mt. 30.00 für Ledige und Mt. 35.00 für Verheiratete festgesetzt.

Für die bewiesene Solidarität sprechen die Heizungsmeute und Helfer der Leipziger Arbeiterschaft ihren Dank aus.

Die Wahl der Delegierten zum Reichsbetriebskongress der Metallarbeiter.

zu der nur aktive Betriebsräte stimmberechtigt waren, ergab die Wahl den Kollegen Schmidt, Emil, Mieder, Richter, Rich, Löwe, Illgner, Horn, Lehmann, Waage, Böttcher, Otto, Papsdorf und Fröhlich, Max, sämtlich Kandidaten der USPD.

Beschärzung des Kampfes in den Berliner Gemeindebetrieben.

Die Kommunisten und Syndikalisten an der Arbeit.

Es wird immer deutlicher, daß die Kommunisten und Syndikalisten die Not der Berliner Gemeindearbeiter in ihrem Parteiinteresse auszunützen bestrebt sind. Das zeigte sich in einer Versammlung der Funktionäre des Verbands der Staats- und Gemeindearbeiter, die sich am Montagabend mit dem Streit der Gasarbeiter und den Verhandlungen mit dem Magistrat beschäftigte. Referent war Polenske. Der Redner hob hervor, daß von

bestimmter Seite aus die Zersplitterung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter geplant sei. Kommunistische und syndikalistische Umtriebe haben den Zentral-Betriebsrat veranlaßt, sein Amt niederzulegen, und es ist ein neuer mit 11 von 36 Stimmen gewählt worden. Die andern Stimmzettel wurden weiß abgegeben. Die Betriebsräte haben Beschlüsse gefasst, die weit über den Rahmen ihrer Befugnisse hinausgehen. Der Gewerkschaftskommission und dem Lohnkartell ist härtester Kampf angezeigt worden.

Nach heftiger Diskussion wurde unter Ablehnung eines Misbilligungsvotums für den Zentral-Betriebsrat folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung lehnt weiterhin ab den Beschluß der Betriebsräteversammlung, die B.-D. als Verhandlungs- und Tarifkontrahenten in das Lohnkartell aufzunehmen, sie verpflichtet das Lohnkartell, auch fernerhin nur im Rahmen der freien Gewerkschaften die Tarifverhandlungen zu führen.

Danach haben sich in einer Versammlung alle Funktionäre der im Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins vereinigten Organisationen mit den Beschlüssen des Magistrats in Sachen der Wirtschaftsbehörde, worüber wir bereits berichtet haben, und mit dem Ergebnis der Urabstimmung über dieses Magistratsangebot beschäftigt. Das Ergebnis der Urabstimmung ist folgendes: Abgegeben sind in den Betrieben 44.744 Stimmen, davon für die Annahme 12.778, gegen diese 31.937. Ungültig waren 637. Das Angebot ist damit abgelehnt. 34.000 Arbeiter haben nicht abgestimmt. Das Urabstimmungsergebnis ist insofern außerordentlich unerfreulich, als rund zwei Fünftel der Arbeiter sich nicht daran beteiligten und so den unverantwortlichen Treibern zu einem leichten Sieg verholfen haben. Bemerkenswert ist es, daß sich an der Abstimmung in erster Linie die weiblichen Arbeiter beteiligten, die noch verhältnismäßig wenig gewerkschaftliche Schulung besitzen und von Schlagwörtern sich leichter einsingen lassen als ihre erfahreneren männlichen Kollegen.

Nach einer längeren Ausprache wurde folgende Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen:

Durch die Verschleppungstaktik des Magistrats sind die Forderungen der städtischen Arbeiter überholt worden. Diese sehen sich daher gezwungen, ihre Forderung zu erweitern. Sie

verlangen die bereits gesorberten 1000 Mt. Wirtschaftsbehörde und außerdem für jedes Kind 250 Mt. Die durch den Magistratsbeschluß bereits ausgezahlten und die noch sofort zu zahlenden Beträge werden auf diese Forderung verrechnet. Das Lohnkartell wird beauftragt, sofort neue Verhandlungen anzutreten.

Das unverantwortliche Treiben der Kommunisten und Syndikalisten hat zu einer ernsthaften

Krise in den beteiligten Gewerkschaften

geföhrt. Polenske, der bisherige Vorsitzende des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der eine führende Rolle im Lohnkartell inne hatte, wehrte sich energisch dagegen und brachte schließlich eine Resolution ein, in der das Gedauern über den wilden Streit und die unbegüte Einmischung des Zentral-Betriebsrats ausgeprochen wurde. Die Versammlung lehnte diese Entschließung ab und sprach damit nicht nur dem Vorsitzenden Polenske, sondern auch dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie dem Lohnkartell ein Misstrauensvotum aus. Polenske ist daraus hin von seinen Amtsmännern zurückgetreten. Es ist möglich, daß auch die andern Gewerkschaftsmitglieder seinem Beispiel folgen werden.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 18. November.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Rindfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellte Bezugskarten Buchstaben P-R von 9-3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Pfund 7 Mt. Es erhalten bis zu 3 Köpfen 2 Psd., 4 und mehr Köpfe 3 Psd. Fleisch, Papier mitbringen.

Margarine für Schwerkriegsbeschädigte auf die vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellten roten, grünen, gelben und grauen Karten. Grün, gelb und grau müssen das Kaisersiegel tragen. Buchstaben R-U in der Markthalle, Galerie, Stand 150. Jeder Schwerbeschädigte erhält 1 Psd. (Würfel) zum Preise von 10 Mt.

Für Händler.

Ausl. Weizenmehl: Bezugsscheinentnahme.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Nur ältere erfahrene
Schlosser für Schnellpressenbau
Hugo Koch, Schnellpressenfabrik, Leipzig-Connewitz,
Probstheida - Stötteritz

Zuarbeiterinnen

für Kinder- und Badefüslelei zum möglichst baldigen
Antritt gesucht.
Böhmischer Straße 1, Ecke Gleitersteinstraße.

Steindrüder

(Abzugmacher u. Aufstecker)
stellen ein!
Georg Nitzke & Co.
Karl-Heine-Straße 55.

Befesteter Stanzer

für Metallwarenfabrik
ver. sofort gesucht
Leipziger

Blech- u. Metallwarenfabrik
J. Petermann, L. Lindenau,
Merleburgerstraße 122.

Vernickler

für Lohnverteilung gesucht
Rehmann & Co., Burgstr. 20.

Jüngere Stenotypistin
sollte im Dictat und
sicher im Übertragen
in die Maschine, sowie
jüngerer Lagerlist
gesucht. - Persönliche
Vorstellung m. Zeug-
nissen erbeten.

Atlas Aktiengesellschaft,
Möllau, Industriestraße 16.
Juni sofort. Antritt gesucht
verkehrt

Fällschachtsteberinnen

Papierwarenfabrik
Otto Küttner,
Brandenburgstraße 16 b.

Geübte Pelzaufzertig
voigt's Söhne, Vorstadt 7.

Fehschweißarbeiterinnen

mögl. perfekt, sofort gesucht.
Zu melden Wahren, Hauptstr. 6.

Kräft. Mädchend. Frau

Stallarbeit, sucht Mädchend.
Lindenau, Demmeringstr. 62.

Auswartung Mittwoch u. Sonnabend
vermittelt, gel. m. Ausw.
Anger, Franckstraße 12, I.

Auswartung gesucht. Süd-
straße 90, dt. Vorstadt 3-4.

Umwortung für Mittwoch
u. Sonnabend

vermittelt, gestern abend
Mendestraße 5, I. r.

Trotz

alle dem

steigender Preise

bin ich noch billig

bei großer Auswahl
und empfehle:

Schlüpfer, Ulster

Paleots, Juppen, I*

Hosen - Anzüge

Kindergeröderohe

Herren-Anzüge aller Art

Gehrock, Frack- u. Smoking-

Anzüge, Klappe- u. Zylinderhüte

auch leihweise

WADEWITZ

Windmühlens. 33, I.

klein Laden, nur 1. Etage

Summi-

Verhäuser

Papier- u. Schreibwarenfabrik,

L. Gräßner Nachf., Inhaber

L. Gräßner, Volk. Konradstr. 62

Sämtliche Schulartikel, I*

14. Herren-Stiefel, Größe 42,

dt. Art. Kl. Geißelstr. 24, pt. I.

Solid und billig

kaufst man neue I*

Juppen

von und zur Arbeit à 125,-

ausgehalten Winter-

Überzieher

L. Lindenaus 33

Denzickestraße 4 I*

in der billige Laden

für getragene u. neue Herren-

Bekleidung I*

Damen-Mäntel

sans modern, wenig getragen oder neu. Kostüme,

Rücke, Militär- und Streithosen

Anzüge, Juppen

kaufen Sie jetzt noch billig bei Berger, Rennstädter

Steinweg 26, I., klein Laden.

Spottbillig!

getragene und neue

Ulster

Schlüpfer

Anzüge

Militär- gestreite schwarze

Arbeiter.

nur prima Qualitäten u.

a. lärmische Schuhwaren

kauften Sie wie altes-

kannt beim billigen

Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.

Habe keine Filialen.

Noch alte Preise

großer Auswahl

Schlüpfer Marengo

Baleots sans gestreift

Anzüge: solange Vorrat reicht

Küte Thiemann

Sporgähchen 10, I.

Spottbillig!

Neu u. getr.

Hosen

Militär-, gestreift, schwarze, alle Arbeiter-

hosen in Riesen Auswahl auch alle Schuhwaren

kauften Sie nur beim

altheuteten

billigen Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.

Habe keine Filialen.

Telephon 10401.

Große Auswahl in nur

herrenhaft getragenen

Kleid. Blau, Mänt. Röd.

und derg. Frieda Claub, Windmühlenstr. 45, I. Etage.

Mädchenmant. Jackett. gebr. 127 Rd. Weidmannstr. 5, IV. r.

Kleidheit. Reckbett 350.

Sofa. Nd. Kavellinenstr. 9a. pt.

Ringschiff. Schneid. Rähm.

dt. Bill. Kuckengartenstr. 28. I.

Bogenwagen, verhälften, dt. Bill. Wurznerstr. 68, 1. Ifs.

Zalchenlampen I*

Batterien

Böhe, Lind, Kaiserstraße 5.

2 einfache Gaslampen à vert.

„Frühzeit“.

Eine Proletenautobiographie.

Von Oskar Maria Graf.

22]

Nachdruck verboten.

Der Bruch und die Rückkehr in den Sumpf!

Es ist nichts ohne Schlafen. Hol' der Teufel die italienische Schweiz! Es gab zu viel Eidechen da. Diese gruseligen Tiere fürchtet ich seit meiner frühesten Jugend. Meilenweit könnte ich laufen, wenn sich plötzlich ein solches Reptil in meiner Nähe bewegte. Alles, nur dies nicht! Und hier waren die ganzen Felsen gepistzt voll, daß sich alles nur so bewegte wie ein einziger hängender Schwarm.

Und wenn es regnete, gab es Unmassen Feuersalamander standen unbeweglich da und glotzten mich einfalt an.

Ich wagte kaum mehr allein zu gehen, blieb immer auf der Straße und zuletzt blieb ich trock des schönen Wetters bis tief in den Nachmittag hinein im Bett und las; abends rannte ich nach Locarno hinunter und holte Schrimpf von der Arbeit ab. Meine Schulden stiegen von Tag zu Tag. Der Kolonistenherr stand jedesmal, wenn ich wegging, am Gartentor und winkte mich an. „Herr Graf, wie steht mit dem Bezahlung?“ Ich tröstete ihn und bat um die Rechnung, da ich dieselbe heimschleichen müßte. Es kam nie Geld. Als alles nichts mehr half, gab ich ihm die Adresse meiner Angehörigen und sagte, er sollte selbst dorthin schreiben. Es kam nichts. Immer peinlicher, immer brenzlicher wurde die Situation. Ich schrieb an Anna. Ein Brief kam dah manzia Markt an mich abgegangen seien nach Locarno, post reiste. Jeden Tag zeigte ich meinem Hausherrn den Brief. Jeden Abend ging ich in Locarno auf die Post. Nichts kam an. Immer nahm der Postbeamte einen Bündel Postanweisungen, blätterte oszillativer durch und sagte sein teilnahmsloses „Niente“. Ich wurde wütend, schlug Krach, hielt die ganzen Postleute Diebe, Idioten und wurde festgenommen. Nach dreißigstündigem Haft in einem kleinen Zimmer kam ein deutsches Postfräulein und fragte mich aus. Ich erzählte ihr mein Unglück und zeigte ihr den Brief Annas.

Sie machte ein ratloses Gesicht. Plötzlich schien ihr ein Licht aufzugehen. „Das Geld kann am Ende irrtümlicherweise nach Pugano gelöscht worden sein.“ sagte sie und sah mich an.

Ich polterte: „Was geht das mich an!“

„Verhindern Sie sich, Herr Graf, ich werde sofort dort anfangen lassen“, sagte sie höflich. Sie lächelte sogar über mein finstres Gesicht. Ich wurde rot und verlegen, aber plötzlich, um meine Unschärheit zu verborgen, geriet ich wieder in Wut und brummte: „Ja, warum hat man denn das nicht schon lange getan, ich bin doch schon genug aufgefressen?“

Das Fräulein lächelte wieder: „Aufgesessen sind Sie gewiß.“ „Ich möchte das Beschwerdebuch.“ stell ich ihr ins Wort. Ganz unvermittelt kam mir in den Sinn, daß mein Vater einmal erzählt hatte, daß man sich bei jeder deutschen Post im Beschwerdebuch beschlagen könne. Das sei ein Buch, das an jedem Jahresabschluß der Regierung vorgelegt werden müsse. Wartet, dachte ich mir, als mir dies recht bewußt wurde, ich werde euch die Suppe schön richtig verschalen. Ich freute mich über diese plötzliche Waffe und formulierte im Hirn schon meine Beschwerde. Aber das Fräulein lächelte nur. Sie erhob sich und gab mir einen Schein, auf dem ich meine genaue Adresse schreiben mußte.

„So“, sagte sie dann, „ich lasse sofort nachfragen. In eitlichen Tagen bekommen Sie Ihr Geld zugeschickt.“

Dann verließ sie mich. Ein Polizist kam und stellte mich heraus. Ich ging durch dunkle Korridore und kam auf die nachtenden Stufen. Als ich nach Brünn kam, ging ich zu Schrimpf und schimpfte ihn furchtbar wegen seiner Ausschneidekreisen über die freie Schweiz.

„Das wär' mir noch das richtige Volk, diese Schweizer! Lauter Postdiele und Spieß sind da, Vegetarianer und Verglaste! Alle Jungfern und ethistische Professoren!“ Gott sei Dank, war es schon spät nachts, als ich heimkam und meine Hausleute schliefen bereits.

Am andern Tag klopfte es sehr früh. Ich sprang aus dem Bett und freute mich schon. Ah, dachte ich, das Beschwerdebuch hat eben doch gewirkt!

Da stand ein Briefbote und übergab mir eine Zustellung von der Polizei. Ich müsse mich um 11 Uhr melden, hieß es. „Spieß! Spieß! hinten und vorne!“ knirschte ich und verwünschte Schrimpf und die ganze Schweiz. Ich kleidete mich an, kochte mir Tee und ging nach Locarno hinunter. Am Gartentor stand schon wieder der Vermieter und winkte seine ewige Bitte.

„Ich muß jetzt auf die Polizei,“ brüllte ich ihn an, daß er direkt zurückkreiste.

Auf der Polizei wurde mir ein langer Brief, den mein Bruder Max an das hohe Amt geschrieben hatte, gezeigt, in dem behauptet wurde, daß ich unter die Anarchisten geraten sei und daß meine Mutter sich die Augen ausweinen. Meine sofortige Ausweisung wurde verzögert. Der Beamte konnte nur gebrochen deutsch. Er sah vollkommen unbeteiligt auf seinem Drehsessel, schob mir den Brief hin und beschäftigte sich mit dem Aufblättern eines dicken Buches. Wahrscheinlich wird man meine Ausweise verlangen, war mein erster Gedanke. Aber der Herr auf dem Drehsessel summerte sich nicht um mich, trotzdem ich des öfteren sagte: „Das ist nur Denunziation!“

Dann kam ein anderer Herr, sah mich ruhig an und fragte, ob ich arbeite. Ich gab vor, für Zeitungen zu schreiben und freier Schriftsteller zu sein, sagte, daß der Brief nur aus Hass und Nachsucht geflossen werden sei, und begann sofort, als ich sah, daß der Mann mich ruhig reden ließ, meine ganze Lebensgeschichte zu erzählen. Als ich so in der Mitte war, legte man mir wieder ein Papier vor, auf dem etwas stand von Fremdensteuer, und bat mich, zu unterschreiben. Ich tat und konnte bald wieder gehen.

Auf der Straße triumphierte ich über Max' fehlgeschlagene Aktion. Ich war schon wieder versöhnt mit Polizei und Schweiz, suchte Schrimpf auf und erzählte ihm alles. Dann gingen wir ins alte Schreie Restaurant am Bahnhof. Wir waren schon Brünn dort gewesen und hatten einen rodkalen Grüssianer* kennen gelernt, der uns seine Theorien auf Schwangerheitszettel auszuhören beliebte. Es war immer das gleiche, wie hörten gar nicht mehr, was er sprach, uns belustigte bloß, wie er erzählte.

* Schweizer Radikaler.

(Fortsetzung folgt.)

B.

Deutschnationale Tüsten.

Die Weisungen des Landbundes.

Der märkische Landbund empfiehlt seinen Mitgliedern, Kartoffeln an Angehörige ihrer Parteien zu billigeren Preisen abzugeben.

„Hä?“ sagte der Bauer Klaus in Märkisch-Dumsdorf, denn er hatte genau verstanden, wes die verhörmte Frau von ihm wollte, und es machte ihm Freude, das nochmal zu hören.

Ein paar Zentner Kartoffeln wollte ich gerne haben,“ sagte die Frau schlicht, „wenn sie nicht zu teuer sind.“

„Zu teuer? Kartoffeln sind nie zu teuer! Was zahlt ihr denn jetzt in der Stadt?“

„Achtzig Mark,“ kamme die Frau, „und dann sind da noch so viele schlechte mang.“

„Das kommt davon, weil ihr in der Stadt nicht leben wollt. Geh am Sonntag in die Kirche, da wird der liebe Gott euch auch gute Kartoffeln machen lassen. Uns kann's ja egal sein, die Tüsten werden verlaufen, wie sie aus dem Hohen kommen. Na, für fünfzigstig will ich Ihnen schon was ablassen. Wieviel soll's denn sein?“

„Fünfundsiebzig Mark,“ rief die Frau und wurde ganz weiß im Gesicht, „da hätte ich ja gar nicht herausfahren brauchen! Achtzig Mark kostet ja allein die Rente! Das ist ja der reine Wucher.“

„Was,“ schrie der Bauer und pfiff auf zwei Fingern, daß der Hohlhund in großen Sähen angerannt kam, „sozialistische Redensarten wollen Sie hier loslassen. Raus! Ich werde euch verfluchter Bande schon zeigen, was gespielt wird. Kartoffel für Sozis gibt's nicht! Frecht, was ihr wollt, wenn ihr nicht blechen könnt!“

Aber die Frau wußt nicht von der Stelle, obwohl der Kötter sich knurrend vor ihr aufgezankt hatte. „Wir sind keine Sozis“, schrie sie, „mein Mann war Kauflebäcker und meine beiden Jungen sind im Felde gefallen. Aber ihr werdet uns noch alle zu Sozis machen, wenn wir nichts zu essen haben...“

Da pfiff der Bauer den Hund vorläufig. Machte ein freundliches Gesicht und lud die Frau ein, ins Haus zu kommen. Dort bot er ihr — die nicht wußte, wie ihr geschah — eine große Tasse Kaffee an und eine Stulle. — so sit mit Butter bestreichen. Dann fragte er sie über ihren Seelen und die gefallenen Söhne aus. Schlüsslich wollte er wissen, was sie denn bei der Berliner Stadtverordnetenwohl gewählt habe.

„Gar nicht,“ sagte die Frau, „um die Politik kümmere ich mich nicht, die ist mir zu dummkopf.“ Dann gehörte sie wohl auch keiner Partei an? „Rein, das koste nur Geld, und sie könnte sich ja nicht einmal Kartoffeln kaufen.“

„Na,“ meinte der Bauer, „darüber läßt sich reden. Aber einer Partei müssen Sie angehören, Frau. Wie war's mit der deutsch-nationalen Volkspartei, die ist filz's ganze Volk — und die Kartoffeln macht sie auch billig!“

„Ja, das ist mal so. Ich geb' Ihnen gern fünf Zentner zu fünfundsebzig Mark. Aber Sie müssen auch für's ganze Volk sein, Frau, wie ich und alle hier. Sie müssen auch zur Volkspartei. Kosten soll es Sie nichts, aber wählen müssen Sie das nächste Mal, verfluchen Sie, Volkspartei wählen. Na und denn hier, da unterschreiben Sie mal, und ich will Sie Ihnen auch gern nach der Stadt rein fahren, ich muß sowieso mal nach Berlin.“

Die Frau zählte schnell die zweihundertfünfzig Mark und unterschrieb einen Schein, den sie in der Ecke zu lesen vergaß. So wurde sie Mitglied der „Volkspartei“, ohne es zu wissen... .

Am Abend traf der Bauer mit dem Gutsbesitzer im Wirtschaftshaus zusammen und erzählte ihm sein Erlebnis. „Gut gemacht“, lobte der. „Sie haben die Weisungen unseres Landbundes prompt befolgt. Es lohnt sich, mein Lieber, es lohnt sich sag' ich Ihnen! Alle Liebe geht durch den Magen, auch die zur Politik. Wie werden's bei den Wahlen merken. Die paar Tüsten machen sich bezahlt. Wie teuer haben Sie sie übrigens verkauft? — Fünfzig! — Na, da haben Sie ja noch einen ganz anständigen Schnitt gemacht.“

„Na, erlauben Sie,“ sagte der Bauer, „ich hätte mindestens siebzig krüppeln können.“

„Gewiß, mein Lieber,“ sagte der andre würdevoll, und schlug beim Bauern wohlwollend auf die Schulter, „aber 'n bischen was muß man doch für's Volk übrig haben. Na, trinken wir mal einen!“

Und sie tranken einen — auf die Liebe der Landwirtschaft zum ganzen Volk. — Kole Koff.

Kleine Chronik.

Viertes Sinfoniekonzert des AVJ.

Es gelangten zwei große Orchester-Sinfonien zur Aufführung. Die 9. Sinfonie D-Moll von Anton Bruckner und eine moderne Sinfonie von dem jungen Komponisten Heinz Tießen. Da ich seine Partitur von diesem Werke zu Händen habe, schreibt mir der Komponist selbst einige Worte darüber, die ich hier folgen lasse: Heinz Tießen, geb. am 10. April 1897 zu Königsberg in Preußen, lebt in Berlin: „Meine Sinfonie Stirb und Werde, Op. 17, entstand 1911–1912. Die Uraufführung war im Mai 1914 durch Hermann Abendroth auf dem Tonkünstlerfest des Allgemeinen Philosophischen Vereins in Essen. — Die Sinfonie hat keinerlei Philharmonie zum Inhalt, wie einige vermuten werden, einzige Lebensgefühle. Das Motto (aus Goethes Gedicht Selige Schnüchter) bedeutet keine Zweiteilung (wie etwa Tod und Verklärung oder Lamento e triomfo), sondern die in zwei Worten ausgedrückte Idee der unablässigen Weiterentwicklung. Der Ewigkeitsfluss innerhalb eines Menschenlebens will hier, ohne äußere stoffliche Unhaltspunkte, reich als Empfindungsstrom durchlebt werden, der durch Leidenschaft und Kämpfe zur Höhe des Lebens, zu Schmerzensagung und Tod und darüber hinaus wieder zum ewig weiterreichenden Leben führt.“

Der Entwurf von Anton Bruckners Neunter Sinfonie entstand im Jahre 1889 und 1894 lagen die drei ersten Sätze fertig. Merkwürdig ist, daß diese Neunte, ebenso wie Beethovens Neunte in D-Moll geschrieben ist, und Bruckner selbst äußerte sich einmal darüber: „Heute verbleibt mir das wirklich, daß mir das Hauptthema zu meiner Neunten“ gerade in D-Moll eingefallen ist, die Neunte werden nun sagen: Natürlich die Neunte von Bruckner muß mit der Neunten von Beethoven in derselben Tonart sein. Aber früher kann ich das Thème nicht mehr, weil's mir eben gar so gefällt und D-Moll ist halt so eine schöne Tonart.“ Bruckner hat bis zum Ende seines Lebens die klassischen Formen nicht verlassen und bewahrt auch in dieser Sinfonie die strenge Form.

Er schildert uns das Leben und Leiden der Menschheit, den inneren und äußeren Kampf des eigenen „Ich“ gegen die Umwelt. Feierlich beginnt der erste Satz im Streichorchester mit Tremolo; die Hörner schließen mit leicht steigendem mythischen Thema ein. Die ersten Geigen schließen sich mit einem bittenden Motiv an und dieses führt bis zum Höhepunkt, wo Bruckner mit vollem Orchester den Weltkampf ausdrückt. Zwischen durch schlägt sich auch ein Gesangsmodus und alle die Gruppenthemen verbindet Bruckner mit kleinen Zwischenpausen durch hochinteressante kontrapunktische Ausnutzung der einzelnen Themen. Mit höchster Kraft schlägt dieser Satz ab. Das Scherzo ist voller Schallheit und Jubel. Es beginnt mit einem tollen Stunt an, bei dem alle Instrumente durcheinander purzeln: Elsenspiel, Kannentanz (Geigen, Holzbläser), Klavier (Blasinstrumente) wechseln einander ab. Ein zarter, weiches Trio schleicht sich mit ein, doch hat es keinen langen Bestand; der Sturm herrscht bis zum Schluß vor. Auch Bruckner schließt wie Mahler und Tschaikowsky mit einem Adagio (sehr langsam) ab. Erreicht wird das Schmerzthema der ersten Geigen, das in leiser Weiterführung sich in Entsaugung wandelt, bis sich ihm ein leichteres Gesangsmodus anschließt (Violinen und Violoncello), das sich bis zum dritten Thema auszündet. Entzündet von Erdenschmerz und mit verklärtem Reiz schlägt Bruckner die Erlösung vom Jenseit.

Mit viel Liebe wurden die zwei Werke, vom Grazián Steinweg-Orchester unter Hermann Scherhens meisterhafter Leitung gespielt. Alles kam in der 9. zu seinem Recht, schmiede Farbenfassungen, innere Vertiefung (Adagio) und auch der Spuk im Allegro. In der Sinfonie von Heinz Tießen lebt ein frischer Geist, garfe Melodik und sprühende Instrumentation zeugen von Starke können. Mit viel Hingabe und Feuer nahmen sich Scherhens und sein Orchester des Werkes an.

Alles kam in der 9. zu seinem Recht, schmiede Farbenfassungen, innere Vertiefung (Adagio) und auch der Spuk im Allegro. In der Sinfonie von Heinz Tießen lebt ein frischer Geist, garfe Melodik und sprühende Instrumentation zeugen von Starke können. Mit viel Hingabe und Feuer nahmen sich Scherhens und sein Orchester des Werkes an.

Klavierabend des AVJ. Professor Jos. Pembaur gehört zu den Pianisten, die aus dem Instrument alle Farben herausspielen. Dieser Klavierabend wird jedem Zuhörer unvergänglich bleiben, denn aus jedem Stück strömt himmlischer Gesang. In der H-Moll-Sonate waren die Themen wie die Doppelfuge aus Schluß herlich ineinander verschlungen, alle Einzelheiten fanden in höchstener Farbenpracht. Von den andern vier Stücken einem den Vorzug zu geben, geht nicht an, denn jedes ist eine Perle für sich. Der große Beifall und das Herausrufen wollten denn auch kein Ende nehmen. Wir hoffen auf ein recht baldiges Wiedersehen. Die Leipziger Arbeitskraft wird nicht nur die schaffenden, sondern auch die ausübenden Meister in Ehren halten.

Die Proletarische Tribüne veranstaltete am Sonntag für ihre Mitglieder und Freunde einen Angelsächsischen Nachmittag. K. A. Wittfogel gab der durch den Wahltag leider stark dezimierte Zuhörerschaft zunächst ein Bild vom Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, durchwanderte die ganze Gedankenreihe, die wir mit dem Worte Amerika verbinden, angefangen bei den Rothäuten im Federkampf bis zum Dollar kurz, sprach von der sogenannten Kultivierung der Jägerwölfe des wilden Westens durch Brantwinn und Knute, erzählte vom Sklavenhandel und Frontdienst auf den Farmen und beleuchtete zum Schlusse sich immer schärfster aufsparenden Kampf zwischen Industriebürgern und amerikanischem Proletariat. Elisabeth Gildoroff unterhielt Wittfogels Aufführung durch literarische Belege aus Walt Whitmans und Upton Sinclairs Werken. Auch das Hostige, Neuerliche, zu allem Bereite und Gewissenlose am typischen Amerikaner Geschäftsbureau kam in einer Novelle Mark Twains zur Sprache.

Die Veranstaltung war im Vergleich zu den vorangegangenen zweitlos die beste. Nur begehrte man trock aller Konzentration der Zuhörer nicht wieder den Fehler, die Darbietungen über 2½ Stunden auszudehnen. Es bleibt dann zu wenig hängen.

K. W. Sch.

Konzerte. Flötzel von Reuter gab einen Violinabend, der einen Begriff von der historischen Entwicklung des klassischen Violinkonzertes geben sollte. Die Auswahl der Konzerte, die von Vivaldi bis Mozart führte, war geschickt und die Aufführung des Künstlers von alter Musik und deren Wiederholung ein recht schlecht. Man merkte ihm das Virtuosen temperament an, das er für diesen Abend in Jügel gelegt hatte. Die Orchesterbegleitung hatten aus Gefälligkeit für den Künstler, um die stillose Klavierbegleitung, die sonst üblich ist, zu vermeiden, Mitglieder der Gesellschaft zur Pflege der Tonkunst übernommen, die ihre Aufgabe recht gut lösten. Leider wissen ja heutzutage Berufsmusiker nur selten noch etwas Nechtes mit Werken aus der Zeit der Hausmusik anzufangen. Die Schlichtheit des Spieles läßt Ihnen hier oft den geschmacvollen Distanten überlegen sein. — Christa Richter und Paul Sünter gaben ein modernes Konzert für Violine und Klavier. Die Geigerin verfügt über reiche Möglichkeiten der Tongabe und über eine außerordentlich plastische und lebendige Gestaltungskraft. Der Pianist blieb ein wenig trocken und objektiv, was bei den modernen Werken, die mehr als bloße Begleitung vom Klavier verlangen, unmöglich ist. Die Sonate von Paul Sünter, die von R. Strauss und Thulé eingeschlossen war, ist ein anziehendes Stück moderner Romantik mit anmutiger Thematik, aber ohne großen inneren Reichtum. Immerhin ist ihr ein wenig konservativer Stil doch einheitlich und reizvoll, daß man ihr Verbreitung wünschen möchte.

Pz.

Konzert des Leipziger Volkschores für das Arbeitsbildungsinstitut. Die Erwartungen, die das vorige Konzert des Leipziger Volkschores erweckt hatte, wurden durch dieses Konzert noch übertrroffen. Der Chor war musterhaft in der Geselligkeit gegenüber dem Willen des Dirigenten, prächtig in der Sicherheit und Klarheit und hat große Fortschritte gemacht in der Schönheit der Tongabe. Das Philharmonische Orchester und die Solisten Hedwig Borchers-Dödam, Margarete Sieche-Schütt, Hans Lissmann, Reinhold Hardt, sowie Max Fest an der Orgel wurden auch diesmal allen künstlerischen Anforderungen gerecht. Otto Dödam leitete die Aufführung mit Großzügigkeit und seinem Stilgefühl, so daß die Werke, über die seinerzeit berichtet wurde, eine in jeder Hinsicht vollkommen Wiedergabe erfuhrn.

Kinderstücke und Stände brachte wie im Vorjahr Lillian Hickler auf die Bühne des Schauspielhauses. Es ist zweifellos ein glücklicher Gedanke, Kinder einmal eine Stunde lang mit dem Altnachos böhmischem Neipenländer und lustiger Kinderstücke zu beschäftigen, zumal wenn die Auswahl und die Aufführung von so viel Geschmac zeugt wie hier. Es ist anzunehmen, daß von einer solchen Aufführung sogar mehr Anregungen für die schwäbische Phantasie des Kindes ausgehen als von dem üblicher Weihnachtsmärchen mit seinem Glitter und Tand. In welch gutem Geiste die ganze Veranstaltung gehalten war, davon gab die frische, ungeierte Art der jugendlichen Darsteller einen Begriff. Hier fehlt jede Eitelkeit, aber auch jedes Bühnenstieber, und alles schön mehrt aus Freude am Spielen als aus Rückicht auf die Aufzugscharfheit vor sich zu gehen. Das war das besondere Erstaunliche daran, wofür der Leiterin warme Anerkennung gebührt.

Pz.

Schauspielhaus. Am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, findet ein einzigartiges Gastspiel des Berchtesgadener Bauerntheaters statt. Zur Aufführung kommt „Der ledige Hof“ von Ansgar Gruber, Einstellungspreise.

Sächsische Angelegenheiten.

Der sächsische Staatshaushaltplan 1921.

Der Staatshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1921 ist dem Landtage gestern vorgelegt worden. Er schlägt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 147 559 415 Mark ab. Das ist gegenüber dem vorjährigen Staatshaushalt ein Mehr von rund 1 Milliarde.

Der Staatshaushaltplan ist zum erstenmal aufgestellt nach dem Grundsatz des Staatswirtschaftsgeuges. Die Aufstellung nähert sich also in dieser Beziehung der Aufstellung des Reichstags. Infolgedessen sind diesmal bei den Kapiteln über die wendenden Anlagen nur der voraussichtliche Jahresgewinn eingesetzt, während aus den früheren Aufstellungen der Stand der Unternehmungen nicht zu erkennen war, sondern bloß die Höhe des Verbrauchs der für das einzelne Unternehmen bewilligten Gelder. Die Umstellung und Führung nach den laufmännischen Grundsätzen haben sich im allgemeinen gut bewährt. Die Etatübersicht ist viel einfacher und übersichtlicher geworden, um so mehr als hinter den Kapitelabschnitten eine Nachrechnung über die Besoldung der Beamten in übersichtlicher Weise zusammengestellt ist.

Die gesamten persönlichen Schulfallen betragen jetzt 384 Millionen Mark. Da nach dem leichten gesunkenen Besitzkurs des Landtages davon die Gemeinden ein Drittel, also 128 Millionen zu übernehmen haben, verbessert sich um diese Summe der Etat, was jedoch äußerlich nicht in Erreichung tritt, da inzwischen noch andre Ausgaben, wie z. B. 1 141 800 Mark für Lehrstellen an der Obst- und Gartenbauhochschule in Pillnitz, 100 000 Mark für die Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe usw., hinzugekommen sind.

Der Staatshaushaltplan schloß zunächst mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 886 773 374 Mark ab, der sich nach den in der letzten Zeit eingetretenen Verschiebungen auf rund 750 Millionen Mark erniedrigt, zu dessen Deckung die beweglichen Vermögensbestände des Staates herangezogen werden müssen.

Bezüglich der einzelnen Kapitel verdient hervorgehoben zu werden, daß die Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer in Kapitel 20 mit 500 Millionen eingesetzt worden sind, das sind 55 Millionen mehr gegenüber dem Vorjahr. Der mehrfach gesetzte Betrag stellt den Anteil Sachsen an der Körperschaftsteuer dar. Weder Sachsen vom Reiche an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer endgültig bekommen wird, steht noch endgültig fest, da die Veranlagung derjenigen durch die Reichsbehörden erst im Frühjahr 1922 durchgeführt sein wird. Inzwischen hängt der Etat und sein ungedeckter Fehlbetrag also noch vollkommen in der Luft.

Der Anteil Sachens an den indirekten Reichsteuern (Erbschafts-, Grundwerths-, Umsatz- und Juwelssteuer) ist von 27 auf 62 Millionen, also um 35 Millionen gestiegen. Der große Anteil an dem Plus entfällt auf die Umsatzsteuer.

Die Entwicklung der Landesteuern hat gegenüber 1920 ein Mehr von 9 Millionen eingebracht, woran in erster Linie die Steuer für Gewerbebetriebe im Umherziehen und die Stempelsteuer beteiligt sind.

Eine gerade entgegengesetzte Entwicklung zeigt sich bei dem Einnahme-Kapitel der Forsten. Sie beluden nach dem Übergang der Eisenbahnen in Reichseigentum die Hauptheinnahme des Staates. Während 1920 sich die Einnahmen aus den Forsten auf 200 Millionen beliefen und ein Überschub von 150 Millionen erzielt wurde, hat sich 1921 der Überschub auf 30 Millionen, also um 126 Millionen vermindert. Auf der andern Seite haben sie die Ausgaben von 96% auf 152 Millionen erhöht. Das Hauptinnahme-Kapitel hat also gewissermaßen vollständig versagt. Die Gründe dafür sind einmal in der Erhöhung der Löhne, in einem wesentlichen Herabgehen der Holzpreise und weiter in einer Verbesserung der Forstkultur sowie in einem erheblich vermindernden Holzeinschlag zu suchen. Wie tief einschneidend auf die Staatsfinanzen eine für den einzigen nur geringe Lohnauflösung wirkt, beweist am besten die Tatsache, daß die Erhöhung des Stundenlohnes um nur 10 Pf. bei den mehr als 4000 Forstarbeitern eine jährliche Mehrausgabe von 5 Millionen Mark bedeutet.

Von den Überschüssen treten zum erstenmal die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen mit einem Überschuss von 18 Millionen auf.

Die Staatsbank hat nach einjährigem Bestehen bereits einen Überschuss von 1% Millionen zu verzeichnen. Dabei folgt das Institut nicht dem Zuge der Privatbanken, die bei Verleihung von Geldern 10 und 11 Prozent Zinsen nehmen, also Riesengewinne einheimmen, ohne ein Risiko zu übernehmen, sondern es wirkt durchaus gemeinnützig, indem es sich mit der Hälfte der bei den Privatbanken üblichen Zinsen begnügt. Um so höher ist der erzielte Überschuss zu veranschlagen. Die gedeihliche Entwicklung des Instituts liegt im Interesse der Allgemeinheit.

An Zuschüssen erfordern mehr: Universität Leipzig 15½ Millionen, Polizeihäuser 3400 Millionen. Die Kraftwagenunternehmungen weisen eine Unterbilanz von 1½ Millionen auf, die sich jedoch daraus erklärt, daß bis in die letzte Zeit hinein eine Reihe neuer Linien eingeführt worden sind, die den Bau einer größeren Anzahl von Kraftwagen notwendig machen, was auch im Interesse der Belämpfung der Arbeitslosigkeit lag.

Unangenehm fällt auf, daß das Elsterland erneut mit einer Unterbilanz von 3½ Millionen Mark abschließt.

Beim Kapitel Justizministerium sind für Vermehrung der Richterstellen und Einrichtung neuer Strafanstalten und Amtsgerichte mehr eingesetzt, über 20 Millionen, insgesamt 54½ Millionen.

Das Ministerium des Innern, das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium erfordern ein Mehr von 70½ Millionen Mark, hauptsächlich infolge der Neugestaltung des Polizeiwesens.

Beim Kapitel Straßen- und Wasserbauverwaltung sind 33½ Millionen eingesetzt (mehr 5 Millionen).

Der außerordentliche Staatshaushaltplan erfordert einen Aufwand von 684 177 000 Mark. Davon entfallen 282 Millionen auf das Ministerium des Innern, 500 000 Mark auf das Wirtschaftsministerium, 1 400 000 Mark auf das Kultusministerium und 400 Millionen auf das Finanzministerium.

Von den einzelnen Positionen interessieren 280 Millionen für den Wohnungsbau, 2 Millionen für den Wiederaufbau des Leipziger Vollshauses, 200 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge. Weiter sind erwähnenswert die Zuschüsse des Landes zur Lebensmittelversorgung mit 150½ Millionen. Weiter sind eingesetzt 9 Millionen für Erweiterungsbauten der Universität Leipzig, 8½ Millionen für Erweiterungsbauten bei den Landesanstalten und 6 Millionen für das technische Institut bei der Technischen Hochschule in Dresden.

Die Verzinsung und Tilgung der seit 1. April 1920 entstandenen Staatsschulden erfordern allein 48% Millionen.

Der Kapitalbedarf der gewerblichen Unternehmungen beläuft sich auf 380 Millionen Mark.

Es sind also auch sehr erhebliche neue Zuschüsse für die elektrischen Unternehmungen eingesetzt, die sich immer weiter ausdehnen; dagegen für die Errichtung der Braunkohlenfelder bei Böhmen und die Erweiterung des West-Elektrizitätswerkes. Die privaten Elektrizitätsunternehmungen gehen immer mehr in den Besitz des Staates über. Für den Wiederaufbau der durch Explosion teilweise zerstörten Hirschfelder Anlagen werden 12 Millionen angefordert.

Endlich sind noch für Zwecke der Straßenbahnen 2½ Millionen und für den Talsperrenbau bei Muldenberg 2 Millionen eingesetzt.

Bewertung der böhmischen Braunkohle.

Sämtliche böhmischen Kohlengroßhändler, mit der einzigen Ausnahme J. Pischels in Aussig, haben die Presse ab 12. No-

vember mit Rücksicht auf den Sturz der Mark aus Markpreisen in Kronenpreise umgewandelt. Für zahllose Firmen, namentlich in Sachsen, die seit Jahren auf böhmische Braunkohle eingestellt sind, ist diese Preiserhöhung katastrophal. Während der Preis der besten böhmischen Braunkohle vom Alexander-Nelson-Schacht sich kurz vor dem Kriege auf 12 Mt. für 10 Tonnen belief, stieg er bei Beendigung des Krieges auf über 300 Mt., kostete seit dem 1. Juni 1921 2880 Mt., wurde am 19. September d. J. auf 3280 Mt. geschieft und kostet jetzt plötzlich ab 12. November 7157 Mt., also 120 Prozent mehr als am Tage zuvor! Die Kohlen des Babilhof-Schachtes sind von 2490 auf 4403 Mt. gestiegen, die von Herles sogar noch weit stärker, von 2610 Mt. auf 6572 Mt.! Das durch diesen Anstieg die deutsche, namentlich die sächsische Industrie, aufs schwerste geschädigt wird, bedarf seines Beweises. Die kalkulatorischen Grundlagen der sächsischen Industrie werden durch diese Willkürmaßnahmen völlig erschüttert. Ganz unmöglich ist es, auch nur eine Tonne Hansbraunkohle nach Sachsen zu bringen. Die tschechische Forderung trifft nicht nur die sächsische Industrie, sondern sämtliche Kohlenverbraucher Deutschlands, weil die sächsischen Verbraucher nunmehr statt böhmischer Braunkohle deutsche Steinkohle und Kreide beanspruchen müssen.

Hoffentlich gelingt es durch Verhandlungen, die Maßnahme rückgängig zu machen. Das wird freilich sehr schwer sein, denn die tschechischen Kapitalisten sind aus demselben Holz geschnitten, wie unsere deutschen und versuchen Profit herauszuholzen, wo es geht. An der neuen Regelung tragen unsere deutschen Kapitalisten den größten Teil der Schuld selbst, weil sie durch ihre Steuerschulden den Fall der deutschen Mark herbeigeführt haben

Gemeinwirtschaft im Mietwohnungsweile...

Der Beitrag für Wohnungswesen beim Landeswohnungsamt, der bereits früher zu den Sozialisierungsvorschlägen von Kampffmeyer und Höver Stellung genommen hat, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem vom Stadtrat Hofmann, Leipzig, aufgestellten Entwurf eines Reichsgesetzes über die Einführung der Gemeinwirtschaft im Mietwohnungsweile. Nach dem Gesetzentwurf, den Stadtrat Hofmann selbst erläuterte, sollen die Gemeinden oder Gemeindeverbände die Ermächtigung erhalten, das gewerbsmäßige Mietwohnungswesen in Gemeinwirtschaft überzuführen. Zu diesem Zwecke werden die Mieter von selbständigen Wohnungen sowie von Läden und andern gewerblichen Räumen in Mietwohnungen des gewerbsmäßigen Hausbesitzes einschließlich der in solchen Grundstücken wohnenden Hausbesitzer in Wohngenossenschaften zusammengeflochten, denen die gesamte Bewirtschaftung der ihnen unterstellten Wohnungen ihres Bezirks obliegt. Aus den Wohngenossenschaften, die höchstens etwa 3500 Wohnungen umfassen sollen, werden für den Gemeindebezirk oder Gemeindeverband Wohnverbände gebildet, die die wirtschaftlichen Gemeinschaftsinteressen der Wohngenossenschaften ihres Kreises verwalten. Hierzu gehört u. a. die Erhebung von Umlagen für Siedlungswelle und die Bildung von Rücklagen der über 85 Prozent des dauernden Ertragswertes hinausgehende Bodenverschuldung. Die Wohnungsfürsorge selbst ist Aufgabe der Siedlungsgemeinden und Siedlungsvverbände. Die sehr eingehende Besprechung des Hofmannschen Entwurfs zeigte, daß bei der Durchführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen große sachliche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Hinsichtlich der Zweckmöglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen gingen die Meinungen der Beteiligten, je nach der Stellung, die sie zur Wohnungfrage überhaupt einnehmen, sehr weit auseinander.

Für Tarifgemeinschaft und Selbstverwaltungrecht.

Die Angestellten der Ortskrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Rochlitz versammelten sich am vergangenen Sonnabend in Burgstädt, um Stellung zu nehmen zu den vom Oberförsteramt Leipzig erfolgten Maßnahmen zur Durchführung der Reichsverschuldungsordnung für die Angestellten der Ortskrankenkassen. In einem sehr instruktiven Vortrag des Tarifausschusssitzenden, Herrn Köhler-Chemnitz, behandelte dieser die grundlegenden Unterschiede zwischen tariflicher Entlohnung und Besoldung nach der Reichsbesoldungsordnung. Aus dem reichen Material seines Vertrages sei hervorgehoben, die schlechten Erfahrungen aller namhaften Ortskrankenkassen mit der Besoldungsordnung, die überall zu einer Rückkehr zur Tarifgemeinschaft geführt hätten und die Tatsache, daß nach Einführung der Besoldungsordnung den Kassenvorständen jedes Selbstverwaltungsrecht in der Entlohnung ihrer Angestellten genommen wäre. Allen Kassenvorständen sei zu empfehlen, den Zumutungen der Oberförsteramt durchsetzen zu überwinden. Hinsichtlich der Zweckmöglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen gingen die Meinungen der Beteiligten, je nach der Stellung, die sie zur Wohnungfrage überhaupt einnehmen, sehr weit auseinander.

Stimmengleichheit in Dresden.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ergibt sich nach der endgültigen Auszählung und Nachprüfung der Wahlergebnisse der Dresdner Stadtvorordnetenwahl, daß dort ebenso wie in Leipzig Stimmengleichheit (42:42) besteht. Die Beamten haben nur 6 Mandate errungen, dafür die Mehrheitssozialisten eins mehr, also 30.

Grabnauer zum sächsischen Gesandten in Berlin ernannt.

Amtlich wird mitgeteilt: Der bisherige Reichsminister des Innern und frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Georg Grabnauer ist an Stelle des in den Reichsdienst übergetretenen Gesandten Dr. Koch zum Amtsoberdienstlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin ernannt worden.

Wo bleiben die Beiräte beim Bergamt und den Berginspektionen?

Die USP-Fraktion im sächsischen Landtag hat folgende Anfrage gestellt:

Einen Beschluß der Volkskammer vom 23. Juli 1920 folgend, hat die Regierung in der Vorlage Nr. 57 bei Kap. 77 a Lit. 17d 80 000 Mt. als Vergütung für 4 Beiräte beim Bergamt und bei Berginspektionen aus dem Kreise der Bergarbeiter angefordert.

Der Landtag hat in der 67. Sitzung vom 24. Juni 1921 den Beitrag verwilligt.

Trotzdem die Anstellung der Beiräte bereits im Laufe des Sommers erfolgen sollte, ist diese bis heute nicht durchgeführt.

Ist die Regierung bereit, Auskunft zu geben, warum die Anstellung der Beiräte so verzögert wird?

Günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Die günstige Lage des sächsischen Arbeitsmarktes hielt auch in der letzten Oktoberwoche an. Die Zahl der Bollerwerbstage ist weiter gesunken, die der Kurzarbeit ist gering. In der Landwirtschaft herrscht noch wie vor Mangel an Magden und jungen Knaben. In der Metallindustrie bleibt der Mangel an guten Facharbeitern dauernd bestehen. Das Spinnstoffgewerbe ist zwar noch gut beschäftigt, doch scheinen in der Chemnitzer Textilindustrie die Anstrengungen etwas zurückzugehen, besonders ließ der bisher so lebhafte Geschäftsgang der Tricotagen- und Strumpffabriken nach. Rege beschäftigt ist nach wie vor die Plauener Spulen- und Süderseefabrikation. Im Holzgewerbe besteht der sichtbare Mangel an Tischlern fort. Dem Bekleidungsgewerbe fehlt es an ersten Kleidungsstücken. Das Altershnergewerbe arbeitet mit Überstunden. Im Schuhmachergewerbe nahm die Arbeitslosigkeit zu, dagegen arbeiten die Schuhfabriken flott. Im Handelsgewerbe konnte der Bedarf an ersten Kleidungsstücken, zum Teil schon als Weihnachtsaushilfen, nicht abdeckt werden.

Hilfe für die Arbeiterrentner.

Das sächsische Gesamtministerium hat mit Rücksicht auf die noch andauernde wirtschaftliche Notlage beschlossen, aus den ihm vom Landtag zur Verfügung gestellten 25 Millionen Mark den bereits mit der einmaligen Beihilfe bedachten Arbeiterrentnern auf Antrag nochmals zwei Drittel des Beitrags zuzuwenden, der ihnen auf Grund der bisherigen Richtlinien nach ihren derzeitigen Verhältnissen zuliegt. Die bisher noch nicht bedachten bedürftigen Arbeiterrentner sollen noch bis 1. Dezember Anträge auf Bewilligung der einmaligen Beihilfe bei den Amtshauptmannschaften, Stadträten oder Gemeindebehörden stellen können. Den Arbeiterrentner-Vereinigungen Sachsen ist angestanden worden, daß sie den Rentnern bei Anmeldung ihrer Anträge beihilflich sein und sich auch mit den Behörden wegen Ausklärung der Bedürftigkeit in Verbindung setzen können.

Die Waffensuche der Internationalen Kommission in Dresden.

Zu dem Vorfall in den Röckstroh-Werken in Heidenau bei Dresden teilt das Dresden-Polizeipräsidium mit, daß am Dienstagvormittag die Besichtigung durch die Internationale Kommission im Beisein mehrerer Polizeibeamter in der von der Kommission gewünschten Richtung vorgenommen wurde. Die Besichtigung selbst verlief ohne Zwischenfall, führte aber im Hauptzug zu keinem Ergebnis. Das Verlangen der Kommission, eine Ziegelmauer an einer Stelle durchstoßen zu lassen, wurde von der Fabrikleitung und den Vertretern der Arbeiterschaft einstimmig abgelehnt. Beide erklärten auch, fremden Arbeitern zwecks Ausführung dieser Arbeit den Zutritt nicht gestatten zu wollen. Unter diesen Umständen erklärte die Internationale Kommission, sich wieder entfernen zu müssen. Die Durchsuchung einiger anderer Räume nach verborgenen Waffen verlief ergebnislos.

Die Zuckerversorgung.

Vom Verein sächsischer Zuckergroßhändler in Dresden wird der Presse geschrieben:

Die jetzige Zuckernappheit beruht in der Hauptrasse auf einer ganz ungenügenden Wagengestaltung seitens der Reichseisenbahnen, da auf Versorgung des Reichsverkehrsministeriums zunächst alle gedeckten Güterwagen zur Beförderung von Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist deshalb dringend geboten, damit die vorläufig spärlich eingehenden Zuckersendungen einer möglichst gleichmäßigen Verteilung zugänglich gemacht werden können, daß von Hamstereinfäßen abgesehen wird und daß der Kleinhandel an die einzelnen Häuser zunächst nur pfundweise abgibt.

In vereinzelten Fällen ist die Beobachtung gemacht worden, daß in Ausnutzung der Zuckernappheit zu hohe Preise verlangt wurden. Es wird deshalb, um jeden ungeliebten Preisbildung vorzubeugen, im Einvernehmen zwischen Groß- und Kleinhandel, unter Berücksichtigung mit den amtlichen Stellen, festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse, für den Freistaat Sachsen ein Kleinhandelspreis für gemahlenen Zucker von 4,70 Mark für 1 Pfund und für Würfel und andere Sorten von 4,90 Mark für 1 Pfund als angemessen zu bezeichnen ist, und zwar auf Basis des von der Deutschen Zuckerrückstoffsstelle, Berlin, seit Festgesetzten Raffineriepreises, des jeweiligen Umlaufsteuer-Gesetzes und der jeweiligen Verbrauchssteuer. Hierbei sei erwähnt, daß sich der Zuckerrückstoffsstelle circa 97 Prozent der gesamten Zuckerverbindungen angeknüpft haben. Die wenigen nicht angeschlossenen Fabriken verlangen zwar höhere Preise, der von diesen erzeugte Zucker wandert aber zumeist in die ausverarbeitende Industrie, kommt somit für die Mund zuverwendung in Frage.

Chemnitz. Ein großer Juwelenfund wurde von einer Frau in Chemnitz verübt, die jedenfalls identisch ist mit der anscheinlichen Ely Richter aus Bremen, die am 27. Juli in Leipzig einen ähnlichen Juwelendiebstahl ausführte, wobei sie Schmuckjäten im Werte von 50 000 Mt. erbeutete. In Chemnitz trat die Diebin, die etwa 28 Jahre alt ist, unter dem Namen Olga Geißler als Kriegsmitw. Ende Oktober in den Dienst eines Fabrikanten als Auswartesträu. Von den von ihr gestohlenen Juwelen aller Art, die hohen Wert besitzen, hat ein mit der Diebin in Verbindung stehender, etwa 25 Jahre alter Mann namens Wilhelm Hoff, bereits eine wertvolle silberne Handtasche in einem Trödlergeschäft verkauft. Die Diebin hat außer in Leipzig unter anderem Namen auch in Dresden, Eleganz und Bremen ähnliche Juwelenliebhaber verübt.

Hohenstein-Ernstthal. Hier sind die Lehrer der Fortbildungsschulen in den Struk eingetreten, da der Rat die seit Februar 1920 geforderten Gehaltshöhe nicht bewilligte.

Zittau. Der „Ausverkauf“ Zittaus durch die Bevölkerung der benachbarten tschechoslowakischen Grenzbezirke hat in den letzten Tagen einen für die Einheimischen geradezu bedrohlichen Umfang angenommen. Um den hohen Stand der Krone auszunutzen, die jetzt nahezu den Wert von 2½ Mt. hat, wandert oder fährt, wer nur irgend kann, von „drüben“ über die Grenze nach Zittau, um hier einzukaufen, was die Geldhäuser aushält. Den größten Aufsturm haben die Konfektionsgeschäfte, wie alle anderen Zweige der Bekleidungsbranche, vor allem die Schuhwaren, Woll-, Web-, Wäsche- und Strumpfwarenhandlungen, ferner die Schokoladen-, Zucker- und ähnliche Lebensmittelgeschäfte auszuhalten. Um nicht tatsächlich von Waren entblößt zu werden, hatten eine Reihe Geschäfte nur wenige bestimmte Stunden am Tage offen oder beschränkten auf andre Weise die Verkaufsstätte.

Ottendorf bei Hainichen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahl erhielten: USP. 160, SPD. 118, Mischmasch

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Katastrophe entgegen.

Es ist kein Zweifel mehr möglich; Deutschland treibt wirtschaftlich der Katastrophe zu, einer Katastrophe, die die grausamste Katastrophe des Krieges, der Blockade und des Nachkriegs-
jahrs 1919 weit in den Schatten zu stellen droht. Was seit dem Abschluß des Versailler Vertrages die einsichtigsten Vertreter des internationalen Proletariats vorausgesagt haben, was seit Mitte dieses Jahres außer ihnen nur den verständigsten Beobachtern der internationalen und innerdeutschen wirtschaftlichen Machtverhältnisse klar geworden ist das ist jetzt mit einem Schlag in den letzten zwei Wochen ins Bewußtsein der Volkswirtschaft gedrungen und hat in ihr eine nervöse, heute noch dumpfe, morgen aber vielleicht schon in den hellsten Flammen ausbrechende Spannung und Angst hervorgerufen, die mit Grauen dem über sie hereinzubrechen drohenden Zusammenbruch entgegenseht. Die breite Masse des Volkes, Unternehmer wie Arbeiter, Produzenten wie Verbraucher sind heute volkswirtschaftlich geschult und gewischt genug um zu verstehen, was der mit einer fast unerklärlichen Plötzlichkeit erfolgte

Sturm der Mark,

das jäh Heraufstürmen des Dollars von 70 auf 100—120 Mark nach der Zahlung der ersten Goldmilliarde und von 150—200 Mark nach der Entscheidung über Oberschlesien, auf 250—325 Mark in den letzten zwei Wochen zu bedeuten hat. Der Sturm auf die Geschäftsläden in allen deutschen Großstädten, der der Entwertung der Mark im Auslande viel schneller auf dem Fuße folgte, als das Anziehen der Preise, ist ein Symptom für diese wachsende Erkenntnis, es ist aber doch noch zugleich von einer anderen Seite her zu bewerten.

Das Publikum handelt, volkswirtschaftlich betrachtet, richtig, wenn es aus der nationalökonomischen Voraussicht, daß einer internationalen Bewertung der Mark auf den 60. bis 70. Teil der Friedensmark über kurz oder lang die innere Entwicklung der Mark, die heute immerhin nur auf den 20. bis 30. Teil der Friedensbewertung zu schähen ist, folgen muß, die Konsequenzen zieht und selten zulässigen Bedarf zu dessen Lohn, ehe die insländischen Händler und Produzenten die Konsequenzen voll und ganz zu ziehen vermögen. Über wer ist denn dieses Publikum, das plötzlich zu spekulieren anfängt indem es ganz genau so wie die berufsmäßigen Spekulanten zulässige Preisentwicklungen vorwegzunehmen sucht? Sind es die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten oder gar die Sozialrentner, die heute durchweg von der Hand in den Mund leben und Gott und dem weissen kapitalistischen System täglich danken müssen, wenn es Ihnen gelungen ist, den dringendsten Tagesbedarf zu befriedigen? Nein, gerade diese Schichten, die von jeder Verschlechterung der Wirtschaftslage am unmittelbarsten und härtesten getroffen werden, sind auch am unsäglichsten einer drohenden Verschlechterung auch nur in dem bescheidenen Ausmaße vorzubeugen, daß sie etwa die Geduld ihres zulässigen Bedarfs vor drohendem Hereinstürmen der Teuerungswelle vorwegnehmen könnten.

Und anderseits, untersuchen wir, wie weit bereits jetzt

die Teuerungswelle

vorgestochen ist und welche Verbraucherkreise am ersten und schwersten unter ihr zu leiden haben, so kommen wir wieder zu dem Ergebnis, daß gerade der Bedarf der breiten arbeitenden Massen des Volkes am ersten und schwersten von dem Strudel der Teuerungswelle gepaßt und geknebelt wurde. Die nackten Zahlen der Statistik werden uns darüber die beste und unwiderrückbare Auskunft geben. Aus dem Großhandelspreisindex der Frankfurter Zeitung ergibt sich die sonderbare und höchst auffallende und beachtenswerte Tatsache, daß während sich auf dem Weltmarkt die Lebensmittel im letzten Monat durchweg wesentlich verbilligt haben, während die Preise der anderen Waren nur unwesentlich zurückgegangen, teilweise sogar unbedeutlich gestiegen sind. In Deutschland die Teuerungswelle die Lebensmittel bedeutend stärker erfaßt hat als die anderen Waren. Nehmen wir nämlich das durchschnittliche Preissiveau Anfang Januar 1920 mit 100 an, so sind die Lebensmittelpreise von Anfang Oktober 1921 bis Anfang November 1921 von 227 auf 317, also um nicht weniger als 90 Punkte (!) gestiegen während beispielsweise die Gruppe Textilien, Leder usw. nur um 48 Punkte, von 120 auf 168, und der Gesamtdurchschnitt aller Warenpreise von 184 auf 248, das ist um 64 Punkte gestiegen ist. In einem Monat eine Preiserhöhung um 34 Prozent im Durchschnitt aller Waren und eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um 40 Prozent! Gegenüber den Kriegspreisen sind nach diesen leichten Steigerungen die Großhandelspreise um das 27fache gestiegen. Was aber, fragen sich die breiten Verbrauchermassen verzweifelt, wird uns erst in der nächsten Zukunft blühen, wenn die Valutaentwertung, die doch erst in ihrer vollen Schärfe Anfang November, also nach der Feststellung dieses Index, eingesetzt hat, sich in den Preisen auszuwirken beginnen wird?

Und wie ist es zu erklären daß gerade die Preise der Lebensmittel in denen wir doch vom Ausland verhältnismäßig am unabhängigen sind, in deren Preisen sich also die Valutaentwertung am schwächsten und spätesten widerstreichen sollte, am ersten und stärksten in die Höhe gehoben sind? Die wichtigen und erschütternden Anklagen unserer Fraktionsredner im Reichstag haben einiges Licht in das Dunkel der Preispolitik der agrarischen Geschäftspatrioten gebracht. Sie haben unwiderrücklich bewiesen — und die Preisentwicklung der letzten Wochen gibt Ihnen vollständig recht —, daß die Förderung, ja so gut wie völlige Aushebung der Bewirtschaftung bei den Agrarern einen noch wilderen, noch erregenderen Tanz um das goldene Kalb zur Folge gehabt als bei den industriellen Kapitalisten, wie das unglaublich klingende Schild der Kartoffelwirtschaft beweist: obwohl die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis von etwa 20 bis 25 Mark pro Zentner und dem Großverkaufspreis von 90 bis 100 Mark fast beispiellos ist und obwohl wir in der Kartoffelversorgung vom Ausland, also von der Valutaentwertung vollständig unabhängig sind, verschwindet die Kartoffel heute buchstäblich das Brod der breitesten Bevölkerungsschichten vom Markt, weil der Preis den Kartoffelwucherern noch immer zu niedrig, die Verkäufer für sie lohnender ist. Und genau dieselbe Erscheinung beobachten wir beim Zucker. Nachdem die Zuckerbewirtschaftung aufgehoben worden war, da die Versorgung des Marktes durch die glänzende Ernte

gesichert schien und die scharfe ausländische Konkurrenz die Preise auch im freien Verkehr auf die Höchstpreise herabdrücken mußte, vereinigten sich die Zuckerproduzenten zu einer freiwilligen „Bewirtschaftung“, aber natürlich nicht im Interesse der Volkswirtschaft, sondern in ihrem eigenen egoistischen Privatinteresse, um der ausländischen Konkurrenz begegnen zu können. Damals wurden von der freiwillig gebildeten Zuckerkontrollstelle Preise festgesetzt, die nicht wesentlich höher als die aufgehobenen Höchstpreise waren. Da kam aber der Valutasturz und sofort verschwand der Zucker vom Markt, um allmählich wieder im Schleichhandel zu bedeutend höheren Preisen — 8 statt 4 Mark pro Pfund — an die Oberfläche zu steigen.

Unsere Partei ist weit davon entfernt, in der Zwangs- oder Planwirtschaft ein taugliches Mittel zu sehen, das der über uns hereinbrechenden Teuerungswelle einen Damm entgegensetzen könnte. Sie war seit jeher marxistisch genug geschockt, um einzusehen, daß die Preisgesetze der kapitalistischen Wirtschaft nur mit ihr selbst aufgehoben werden können, daß aber alle Versuche, unter Beibehaltung der kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsgesetze von oben regelnd in die Produktion und in die Preise einzutreten, unzulänglich bleiben müssen. Selbstverständlich hindert das nicht, daß wir mit allem Nachdruck für die Beibehaltung der sämmerlichen Regel der Bewirtschaftung auf dem Gebiete der Kohlen- und der Getreidewirtschaft gegenüber den jüngsten provozierenden Angriffen der Industrie und auch der Landwirtschaft und einer möglichst weitgehenden Wiedereinführung der Zwangs- wirtschaft auf Wirtschaftsgebieten, wo die Verpflegung des Marktes durch spekulative Machinationen der Produzenten bedroht ist, wie auf dem Gebiete der Kartoffelwirtschaft, eintreten müssen. Über unabhängig davon ist die Einsicht, daß die Teuerung nur ein Symptom, eine Folge, nicht die Wurzel des Übelos ist und daher nur mit dieser ausgerottet werden kann. Daher muß unsere Aufmerksamkeit und unser Kampf in erster Linie auf die Ursachen der Valutaentwertung gerichtet sein. Worin sind sie zu suchen?

Ein so jähre und von so heftigen Kurschwankungen begleiteter Valutasturz, wie wir ihn in den letzten zwei Wochen erlebt haben, kann zweifellos nicht so sehr in unmittelbaren wirtschaftlichen Ursachen — als welche wir immer nur eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz und eine Herabminderung des Inlandswertes der Währung durch Neuauflage von Banknoten erkennen können — als in von der Spekulation vorweggenommenen Zukunftsansichten der Wirtschaft liegen. Und alle Anzelchen lassen darauf schließen, daß es diesmal tatsächlich die Spekulation gewesen ist, und zwar die des Marktbeständen Auslandes, die sich plötzlich veranlaßt sah, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands schwarz in Schwarz zu sehen. Oder mit andern Worten: die 60 bis 70 Milliarden Papiermark, über die das ausländische Kapital verfügt und die es bisher immer noch in der Erwartung einer Besserung des Marktwertes im großen und ganzen zurückgehalten hat, scheinen plötzlich ins Rollen geraten zu sein und den Marktwert im Ausland ebenfalls herabgedrückt zu haben. Warum so plötzlich? Warum konnte der Versailler Friedensvertrag, warum der schwere Reparationskonflikt zwischen Deutschland und der Entente vom Januar bis Mai dieses Jahres und warum schließlich der Londoner Zahlungsplan, ja sogar anscheinend die unangenehme Entscheidung über Oberschlesien nicht bewirken, was die letzten zwei Wochen bewirkten: daß die Kapitalisten des Auslandes das Vertrauen auf die Zahlungsfähigkeit und Wirtschaftskraft Deutschlands verloren?

Ein Blick auf die außenpolitischen und innenpolitischen Vorgänge der letzten Wochen genügt, um uns über diese verhängnisvolle Entwicklung Aufzürnung zu verschaffen. Außenpolitisch ist folgendes zu konstatieren: Der innige und untrennbare Zusammenhang zwischen den Reparationsverpflichtungen Deutschlands und der chronischen Wirtschaftskrise in Westeuropa und Amerika, auf den wir an dieser Stelle zu den verschiedensten Maleen und aufs eindringlichste hingewiesen haben, ist in den letzten Wochen so handgreiflich geworden, daß jenseits des Kanals auch die verbündeten Deutschenfresser und Jungs ihn zu kapieren beginnen. Das bezeichnendste Licht auf das erfreulich schnelle Wachsen dieser Unsitte in England ist eine Debatte, die Illustrierte Englishen Unterhaus anlässlich der Einbringung eines Gesetzes, das durch die Auodehnung des Export-Kreditystems auf alle Länder und Staaten Garantie für Anleihen, die britischen Unternehmungen Arbeit verschaffen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen soll, stattgefunden hatte. Wie der Korrespondent der Frankfurter Zeitung berichtet, erhoben sich nicht weniger als 20 Redner, von denen 10 allerdings der Labour-Partei angehörten, um, teilweise in den schärfsten Ausdrücken, die deutschen Reparationsverpflichtungen für die Arbeitslosigkeit und Krise in England verantwortlich zu machen, und keine Stimme des Widerspruches wagte sich gegenüber dieser vernichtenden Kritik vor.

Aber demgegenüber steht einerseits die Tatsache, daß Amerika trotz aller seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch immer die Hand fest um Beutel hält und wie ein Shylock auf seinem Schulschein an die Entente, den diese an Deutschland weitergegeben hat, bestehet und ängstlich darauf bedacht ist, daß die Washington Conference ja nicht auf den sehr naheliegenden Einfall komme, die Schul- und Reparationsfragen in die Debatte hineinzulehnen, während anderseits Frankreich ebenso verbündet und hartnäckig auf seinem auf die Dauer doch unerlässlichen Schulschein Deutschlands gegenüber besteht und selbst durch die katastrophalen Folgen der ersten Reparationszahlung für Deutschland und die Entente selbst* sind nicht von dieser brutalen imperialistischen Haltung abringen läßt. Das offizielle Frankreich scheint noch immer die Politik zu verfolgen, die am Widerstand Londons schon einmal gescheitert war und von der es

* Wie schwer die rein finanziellen Wirkungen der Reparationszahlungen — abgesehen von den allgemeinen wirtschaftlichen — auf das Ausland sind läßt sich leicht aus dem Valutasturz errechnen. Nehmen wir den Marktwert des Auslandes mit nur 80 Milliarden an, so repräsentiert er vor dem Londoner Ultimatum, als ein Dollar bloß 80 Mt. kostete, einen Wert von 1 Milliarde Dollar, hente hingegen, da der Dollar auf 250 Mt. steht, bloß einen Wert von 220 Millionen Dollar. Das ausländische Kapital hat also innerhalb weniger Monate nicht weniger als 780 Millionen Dollar durch die Entwertung der deutschen Mark verloren, ein Betrag, der den der jährlichen Reparationsverpflichtungen Deutschlands bedeutend übersiegt!

seit der Annahme des Londoner Ultimatums freiwillig abkommen zu wollen schien, eine Politik, die der Desperado-Politik unter aldeutschen Imperialisten im Kriege und seither bis auf den heutigen Tag verzweifelt ähnlich sieht: Lieber soll Deutschland zugrunde gehen und Priland als jener Kreis, der sich nicht zu helfen weiß, auf den Trümmern Deutschlands sitzen, als daß ein Tota von den Forderungen der imperialistischen Politik zu rückgenommen werden würde. Diese Stimmung, die in den letzten Wochen in Frankreich wieder so stark wie noch niemals seit dem Londoner Ultimatum zum Durchbruch kam und die die Aussicht, daß der Besuch der Reparationskommission in Berlin eine auch nur vorübergehende Erleichterung unter auf die Dauer unverhinderbare Reparationslasten bringen könnte, auf ein Mindestmaß heraufzuleben geeignet ist, diese Stimmung ist es, die nicht wenig zu pessimistischen Beurteilung der deutschen Zukunft und damit im Gefolge zum katastrophalen Fall der Mark beitrug.

Ein Zweites und Wichtigeres aber ist die verhängnisvolle Entwicklung der Dinge in Deutschland selbst. Genau so wie wahlpolitisch die vorhohe und kurzfristige Haltung der Kapitalisten und Imperialisten das schwere, vorläufig noch unüberwindliche Hemmnis für eine Gesundung der auf Kampf und Krieg und Vernichtung eingestellten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Entente und letzten Endes zwischen allen Ländern der Welt und damit für eine Gesundung der Weltwirtschaft überhaupt ist, genau so ist innerpolitisch die brutal-politische, vorhohe und kurzfristige Haltung der deutschen Kapitalisten und Imperialisten in den letzten Wochen und Monaten zum vorläufig noch unüberwindlichen Hindernis zur Gesundung der deutschen Wirtschaft geworden.

Der endgültig zum Unterernährungsminister gewordene — Finanzminister Hermes hat den großen

Steuerkampf

im Reichstag, der über das wirtschaftliche Gescheh und die Haushaltung innerhalb Deutschlands für lange hinaus entschieden soll, mit der trocken und nüchternen Aufführung einiger trocken und nüchtern, aber niederschmetternder Zahlen eingeleitet. Die Ritter sind besonni. Es sollen nur kurz ihre Ergebnisse relativiert werden. Sie verlangen nichts andres, als daß der ordentliche Haushalt des Reiches im Jahre 1921 mit einem Defizit von 63 Milliarden, der außerordentliche mit einem Nettobetrag von 57 Milliarden abschließe, beide zusammen also mit einem Defizit von 110 Milliarden, das, wie der Finanzminister beschönigend sagt, durch „Anleihen“ zu decken ist, das heißt auf deutsch, in wesentlichen durch neue Banknoten, neue Geldentwertung, die nichts andres darstellt als eine indirekte Besteuerung der breiten Volkschichten in ihrer härtesten, ungemilderten Form! Wie aber wird es erst im nächsten Rechnungsjahr stehen? Weilte man die neuen Steuerpläne, die jetzt in den Reichstagsausschüssen beraten werden, bereits in den Haushaltstext des nächsten Jahres mit einem Extratrag von Schätzungsweise 40 bis 42 Milliarden Mark ein, so würde sich trotzdem ein Defizit ergeben müssen, das sich im allnächsten Fall auf 80, im wahrscheinlichsten aber auf 127 Milliarden Mark belasse. Der allnächste, aber unmöglichste Fall ist nämlich der, daß der Dollar wieder auf 84 Mt. sinkt, also seine Goldmilliard-Berpflichtungen mit dem 20fachen Papiermarkbetrag abgedeckt werden können, der wahrscheinlichste hingegen, daß der Dollar auf die vor der letzten Valutakatastrophe erreichte Höhe von etwa 188 Mt. ansteigt, was eine Papiermarkverpflichtung von etwa 122 Milliarden Papiermark ergäbe.

Das also, würde der Effekt der neuen Steuern sein, die die arbeitenden Massen des Volkes aufs furchtbare belasten, die ihm alle seine wichtigsten und unentbehrlichsten Bedarfsgüter — Kohlen, Zucker und durch die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Bohr- und Posttarife sämtliche andre Waren — unerträglich verteuren, während der Besitz wie gewöhnlich nicht als plötzlich behandelt wird: daß die Schuldenlast des Reiches weiter und viel stärker und schneller als bisher wachsen wird, daß also die Notenpresse, die jetzt täglich 100 bis 300 Millionen neue Banknoten in die Wirtschaft schleudert, die den Wert des Gelbes sowohl während herabdrücken, nicht zur Ruhe kommt, sondern im Gegenteil noch intensiver als bisher arbeiten wird. Und was das heißt, wissen heute die Arbeiter ganz genau. Das heißt nicht weniger, als daß mit jeder neuen Banknote das Geld weiter entwertet wird, die Preise höher steigen, der Lohn tiefer fällt — eine Entwicklung, die durch die stillen operativen Lohnkämpfe zwar gewidert und abgewehrt, aber nicht aufgestoppt werden kann!

Dieses „Finanzprogramm“ eines der reaktionären Männer des „neuen Deutschland“, mit dem die Reaktionärslisten sich noch immer nicht in einem Kabinett zusammenzukennen schämen, dieses Finanzprogramm, das über das bringendste, von allen ehelichen, selbst bürgerlichen Wirtschaftspolitiker anerkannte Gebot der Stunde, die Erfassung der Sachwerte, mit der angeblich des furchtbaren Zusammenbruchs unter Staatswirtschaft empfindenden und lächerlichen Bemerkung hinweggeht, daß „Experimente verhindert werden müssen; dieses Finanzprogramm, das jegliche erste Absichten, die Staatswirtschaft statt durch die Erfassung des Nutzenlohnes der Arbeiter durch die Erfassung der einzige in der Wirtschaft noch vorhandenen Werte, der Sachwerte der Industrie und landwirtschaftlichen Kapitalisten zu retten, vermissen läßt, hat dem Vertrauen des In- und Auslandes in die wirtschaftliche Zukunft nicht weniger den Todestost gegeben als die unmittelbar danach bekanntgewordenen

Bedingungen der Industrie

für Ihre Achtlichkeit. Welde, das Finanzprogramm Hermes' und die Bedingungen der Industrie, atmen denselben Geist, bedecken, wenn man sie richtig versteht, nichts andres dar, als ein unerhörbar häßliches Komplott, einen furchtbaren Anschlag des Großkapitals auf die Wolls- und Staatswirtschaft, einen allmählig ergründeten Geldzugsplan des Großkapitals zur Vernichtung der Staatswirtschaft, auf deren Teilnehmern die durch keine Felle und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gehemmte Herrschaft des Kapitals erstehen soll. Mit einer solchen Zustand, die wir das unerträgliche Machtsstreben des Kapitals ganz genau kennen, verblüffenden, brutalen Offenheit hat der Reichsverband der Industrie seine Karten aufgedeckt und unverblümmt zu erkennen gegeben, welches das Ziel sei, auf das das Kapital hinzuheilen. In der äußersten Not des Reichs erklären diese übermütigen Menschenhändler ganz offen, daß sie nicht daran denken, Ihnen Pflichten gegenüber dem Reich und der Volkswirtschaft — denn die Teilnahme an der Krebstaktion ist nichts andres als eine staatlich erzwungbare Pflicht des Besitzes — zu erfüllen, wenn Ihnen nicht zum Lohn dafür die Finanzen des Reichs samt allen seinen Unternehmungen, beginnend mit den Eisenbahnen, ausgeliefert werden.

Der Sturm der Empörung, der nach der Bekanntgabe dieses Bedingungen durch das gesamte Proletariat so weit hinaus die Angeklagten und Beamtentelle ging, und ihre einmütige Abneigung durch alle Linken- und Mittelparteien war die gebührende Antwort auf die Herausforderung der Kapitalisten. Aber so erfreulich dieser Proteststurm auch ist, er kann nur dann Sinn und Bedeutung haben, wenn er die Einleitung zu dem Machtkampf darstellt, den die Kapitalisten mit ihrem Vorstoß bewußt und planmäßig herangefordert haben. Recht oder nie muß der Machtkampf um die Steuern, der sich unfehlbar zu einem Kampf um die wirtschaftliche Macht, um die kapitalistische oder sozialistische Führung der Wirtschaft auswachsen muss, ausgeschlagen werden, dessen Entscheidung im sozialistischen Sinn einzig und allein der Staats, sowie der Volkswirtschaft die Rettung bringen kann.

(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

Den Rauchern zur Beruhigung.

Viele Beschwerden, die man als nervöse erklärt, sind oft nur eine Folge des zu vielen Rauchens. Oft scheinen die Beschwerden mit dem Rauchen gar nicht im Zusammenhang zu stehen, aber der beste Beweis dafür liegt darin, daß sie von selbst verschwinden, wenn das Rauchen für längere Zeit eingestellt wird. Hierher gehören: Schlaflosigkeit, Dauersäufzungen, Ohrenzwickeln, Schläfenknöpfen, Flecken vor den Augen, Albdämmen, böle Träume, Augenflitsch, Magenleiden, lautes Husten, Schlucken, Herzschmerzen, Herzkrämpfe, Atemnot, Lungenleiden, Schwindsucht, sexuelle Entzückungen, Arbeitsunlust, Aufgeregtheit usw.

Möblierten Sie die Warnungen Ihres Körpers nicht, denn es können ernste Folgen doraus entstehen, wie Arterien-Verschlüsse, Erblindung, ja sogar Geisteskrankheit und Schlaganfälle.

Wenn Sie also schon einige oder gar mehrere der vorgenannten Beschwerden an sich bemerkt haben, so sind Sie es sich und Ihrer Familie schuldig, Ihr Rauchen erheblich einzuschränken, am besten stillen Sie es, wenigstens für längere Zeit, ganz ein.

Doch dies ist leichter gesagt als getan. Die ersten schädlichen Folgen des vielen Rauchens machen sich gerade im Nervensystem unentferbar, meist durch Verabreitung der Energie und Willenskraft. Selbst wenn Sie durch Aufzehrung all Ihre Energie und Selbstbeherrschung das Rauchen eine Zeitlang lassen würden, so

wäre diese Art der Abgewöhnung doch eine unmäßige Beanspruchung Ihrer Nervenkräft, die Sie wahrscheinlich für andere Zwecke besser verwenden oder aufheben können.

Daher ist es zu begrüßen, daß es jetzt ein einfaches Mittel aus harmlosen Pflanzextrakten gibt, womit Sie das Rauchen ganz nach Belieben einschränken können ohne jede Entbehrung und ohne unnötigen Wissensaufwand. Gerade wie niemand zur Schlagadine einen lauten Hering essen möchte, so wird auch seiner Verlangen zum Rauchen haben, sobald er eine passende Raucherhell in Mund verlegen läßt. Es geht eben nicht zusammen. Die Geschmacksnerven verlangen beim Schlagadine-Essen nicht nach saurem Hering, sie sind auf anderes eingestellt. Gerade so kann Raucherhell Ihnen die Geschmackserinnerungen beeinflussen und umstimmen, so daß sie kein Verlangen nach Tabaksgerüch haben werden.

Diese Art, das Rauchen nach Belieben einzuschränken, oder es nach Wunsch eine Zeitlang einzustellen, ist doch weit angenehmer, als der hämische Kampf mit sich selbst um jede Zigarette oder Zigarre. Dieser Kampf verzerrt die Nerven vielleicht noch mehr als das Rauchen selbst und meist unterliegt man noch dabei. Dagegen besteht der wütige Geschmack des Raucherhells jedem Raucher schon allein Genuss, ebenso wie der feine, wohlriechende Duft. Außerdem aber benimmt Raucherhell jeden übeln Atem- oder Mundgeruch und wirkt den hämischen Einflüssen des Tabaks entgegen, besonders dem giftigen Nikotin, so daß die Zigarette, Zigarre oder Pfeife, die Sie sich noch gönnen wollen, Ihnen nicht nur weit besser schmecken, sondern auch vorzüglich bekommen wird.

Versuchen Sie Raucherhell eine Zeitlang. Sie werden gewiß sehr bestrebt davon Ihnen eine so angenehme Methode kennen gelernt zu haben, das Rauchen nach Belieben einzustellen zu können, und so wieder Herr über sich und Ihre Leidenschaft geworden zu sein, wie jeder rechte Mann es sein sollte.

Durch unsere Erfahrungen und die zahllosen Anerkennungen sind wir so festgesetzt von der prominenten Wirkung des Raucherhells überzeugt, daß wir Ihnen eine genaue Probe davon zu einem ausreichenden Verzug gratis und franco lehr gern überliefern wollen.

Beschriften Sie die Gratisprobe, sie wird Ihnen gut bekommen, denn wir garantieren Ihnen eine absolute Harmlosigkeit. Sie werden uns dankbar sein, daß wir Ihnen Gelegenheit geboten haben, ein so gutes Mittel ohne Kosten kennen zu lernen. Sie werden es gern weitergebrauchen und weiter empfehlen. Darauf steht unser Vorteil.

Beschreiben Sie es nicht, sondern schreiben Sie heute noch nach Ihrer Gratisprobe, denn je eher Sie lernen, Ihr Rauchen auf ein vernünftiges Maß einzuschränken desto weniger Beschwerden werden Sie später haben, und desto mehr Jahre können Sie sich am Genuss eines guten Tabaks erkennen. In heut' schon könnten Sie eine bessere Sorte rauchen, wenn Sie durch Raucherhell weniger rauchen, also schreiben Sie jetzt gleich, ehe Sie es vergessen, an Hauptniederlassung für Raucherhell, Victoria-Apotheke, Berlin B 37, Friedrichstr. 19. Zu haben in Leipzig in den Niedertagen: Engel-Apotheke, Markt 12, Salomonis-Apotheke, Grimmaische Straße 17.

Amtliche Bekanntmachungen.

öffentliche Gesamt-Sitzung der Handelskammer Leipzig

am Montag, dem 21. November 1921, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal der Handelskammer.

Auffang A. vom Blücherplatz.

Der Sitzung wird die Verleihung von 21 Anerkennungsurkunden an Angestellte und Arbeiter aus Handel und Industrie vorausgehen.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Vorstandes.
2. Vereidigung eines Büchereirektors.
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes für die zweite Abteilung der Börse (Produktionsbörse).
4. Rechnung der Kramerstiftung und der Öffent-

lichen Handelslehranstalt für das Rechnungs-Jahr 1920/21.

5. Rechnung der Handelskammer einschl. Börse und Börsengesäude für das Rechnungs-Jahr 1920/21.

6. Fakturierung in Auslandswährung.

Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

Leipzig, am 15. November 1921.

Die Handelskammer.

Schmidt Vorlesender. Dr. jur. Wendtland Sonnitus.

Rauch- und Erkämpfen für die Angestelltenversicherung. Die vom Reichsarbeitsministerium angeordnete Wahl der Vertrauensmänner und Erkämpfen für die Angestelltenversicherung findet im Stadttheater Taucha

Donnerstag, den 29. Dezember 1921, von 11.30 bis 12 Uhr nachmittags im Rathaus zu Taucha statt. Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Erkämpfen. Die Vertrauens- und Erkämpfen werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der verlieferten Angestellten gewählt. Die Vertrauens- und Erkämpfen aus den Arbeitgebern der verlieferten Angestellten, die übrigen von den Arbeitgebern der verlieferten Angestellten gewählt. Die Wahlvorschriften und die Bestimmungen über die einzurichtenden Vorstände hängen im Rathaus, Anschlagsatze, aus und können auch im Rathaus, Zimmer 5, eingesehen werden.

Taucha, am 15. November 1921.

Der Rat der Stadt Taucha.

Markranstädt für die Stadtvorordnetenwahl am 1. Dezember 1921 ist die Stadt in zwei Wahlbezirke eingeteilt worden.

Es gehören zum 1. Bezirk (Markranstädt-Ost): die Albert-, Bahnhof-, Bismarck-, Eisenbahn-, Hörtelstraße, Hirzelplatz, Karl-, Königs-, Leipziger Straße Nr. 16–72, Marien-, Nord-, Park- und Stegelstraße.

zum 2. Bezirk (Markranstädt-West): die Brau-, Hirsch-, Krämer-, Kirchallee,

Leipziger Straße Nr. 1 bis 15, Löbener Straße, Markt, Mühlstraße, Promenadenring, Schloss-, und Äußere Schleuder-, Schul-, Süd-, Schmale, Schmalen Weg, Weißbachweg, West-, Zwinger-, und Äußere Zwingerstraße.

Es wählen im 1. Bezirk die männlichen Wähler in der Gosselschule zum Thüringer Hof, die weiblichen Wähler in der Turnhalle des 1861er Turnvereins, an der Parkstraße.

im 2. Bezirk die männlichen Wähler in der Turnhalle der Freien Turnerfahrt, an der Krämerstraße, die weiblichen Wähler in der Turnhalle der neuen Schule, an der Parkstraße.

Die Ausübung der Wahl hat zwischen 9 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags zu erfolgen.

Der Wahlkommissar.

Sparkasse Wahren. Geschäftsstelle von 8 bis 12 Uhr.



Elegantes Wein- und Bierhaus

Tanz-Palast Sächsischer Hof

Leipzig-Schö., Löbauer Straße 2, Straßenbahn 17, Fernruf 61356

Das tonangebende Ballhaus

Morgen Freitag 1/2 Uhr: Elite-Tanz-Abend

Ehrenabend

für
Kapellmeister Reinh. Neumann
Orchester-Besetzung:
30 Künstler Orginal-Jazz-Band

Einlegejohlen
für Händler v. 6.4 Dopp. an
Jülich-Nordstr. 16.
en gros en detail



Holzschuh- und Pantoffelfabrik

Rolf & Dorn, Teleph. 19834

Spezialität: Echt Leder-

schnürschuhem Holzsobole

Holzschuh-Besohlung

Holzschuh- und Pantoffelholzor

Beato Bezugssquelle

Verkauf- und Annahmestellen:

Hauptgeschäft:

Stötteritz, Wasserturmstr. 10

Zweigstelle: Mölkau, Str. 33

und Sell., Wurzner Str. 43.

Zigarren
garant. rein, Stück nur 50,-

Krowners
Schnupftabak 50gr nur 10,-

Rautabat
amerikan. Riegel, nur 2,50,-

Land-Tabat
österreich. Regale, nur 1,25,-

Rauch-Tabat
Rückenschiff, 100 gr nur 4,-

Roth-Händle
Zigaretten, 10 Stück 2,50,-

Schmalzler
Regensburger, nur 50,-

in den Zigarrengeschäften

Leipziger Stadt: Elsterstraße 3

Großer Markt: Herderstraße 40

8. Okt.: Täubchenweg 43

Wurzner Straße 37

2. Welt: Überser Straße 49

weit Verkaufsstellen verteilt

GUTSCH, Telefon 11 343.

Weinbrand-

Berl. Schnitt, 1/4 Liter 39,-

Jamaica-Rum
Berl. vors. 1/4 Lit. 49,-

empf. in anerkannter Qual.

L. O. Kaspar Nachfolger

2. Blattw. Bischöfliche Str. 30

Pantheon
Dresdner Str. 20 Fernruf 15957

Freitag Großer Elite-Ball.

Wieder eingetroffen
ist die für Eheleute empfehlenswerte Schrift

Arbeiterstand und Eheglück

oder:

Wie schütze ich mich vor

starkem Familiengrund?

Auf gelunde Art und etwas

über moderne Sauglings-

erziehung.

Preis 2,50 Mk. Gegen Ein-

send. v. 3 M. in Briefmarken

od. bar portofrei Haus.

Verlag W. Leissner, Jena (Thür.)

Zu bezieh. d. die Volksbuchh.

Leips. Tauchaer Str. 19/21 u.

deutschen Filialen u. Ausländer.

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren Bedarf bei

mir bedienen. Neue u. getragene

Kleidungs- u. Wäsche-

Schuhe für Herren, Damen

und Kinder, sowie

Möbel aller Art

spottbillig

Rohs Lind., Obermanns-

Str. 4 (Laden).

Beide, Böhmis. Schuhmacher.

Wo finden Sie den

beklebten Uhrmacher?

Nur Berliner Str. 11

Ferdinand Fischer

früher Tauchaer Str. 10.

moderne und geschmackliche
Drucksachen

für jedes vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt-Massenauslagen

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft

Tauchaer Straße 19/21

Fernruf 4696

Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft
von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Sohlenleder billig! In jeder Lederhandlung FLAM.

sonst an Böttcherergasse.

Leipziger Buchdruckerei A. G. Sonst an Böttcherergasse.

Genossen! Besucht am Sonntag nur den Theater-Abend im Albertgarten.

Es kommt zur **Der Strom.** Dramat. Gelehrte. S.-O. d. Arb.-Theater-Bundes.

Neues Theater.

Augustusburg. (Rathaus verboten.) Fernruf 1416.
Donnerstag, den 17. November; Vorstellung für die Gewerkschaft der Klempner; Die Kämmerei. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 18. November; 200. Szenario-Vorstellung (4. Folge, braun); Kürbische. Anfang 7 Uhr. Einfahe Preise.
Sonntags, den 19. November; 200. Kürbische-Vorstellung (5. Folge, blau); Tiefkasten. Anfang 8 Uhr. Einfahe Preise.

Altes Theater.

Nichard-Wagner-Saal. (Rathaus verboten.) Fernruf 1410.
Donnerstag, den 17. November 1921
Kleinfamilie-Vorstellung
gleichzeitig Kirschblütevorstellung für die Ebenergergemeinde S.-O.-D.
Rabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Theodor Schiller.
Im Scene gesetzt von Alwin Graudenz.
Personen: Präsident von Waller, am Hofe eines deutschen Fürsten (Ferdinand); Ferdinand, sein Sohn (Aug. Stöckel); Hofmarschall von Waller (Alfred Schlanter); Ladd Wifford, Favoritin des Fürsten (Mathilde Otto); Wurm, Haushofmeister des Prinzen (Hans Rehbein); Miller, Stadtmüllant (Karl Hutz); Tessa Frau (Marie Dallach); Luise, dessen Tochter (Marg. Anton); Sophie, Kammerjungfer des Ladd (Herta Holz); Ein Dienst der Ladd (Kurt Ritsch).
Gesetzgebender, Dienstlicher, Wolf.
Einfahe Preise. Einanfang 7 Uhr, anfang 7½ Uhr. Ende 11 Uhr.
Freitag, den 18. November; Kleinfamilie-Vorstellung, gleichzeitig Anreisefest für den Leipzigischen Wirtschaftsverband: Rabale und Liebe. Anfang 7½ Uhr. Einfahe Preise.
Sonntags, den 19. November; Außer Kirschblüte: Haust. Anfang 8 Uhr. Einfahe Preise.

Neues Operetten-Theater.

Bosestraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.
Donnerstag, den 17. November 1921
Das Hollandweibchen.
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Leo Henig.
Musik von Emmerich Kálmán.
Im Scene gesetzt von Josef Groß. Wissenschaftliche Vertonung: Kurt Högl. Personen: Brigitte (Julia Marg. Möller); Gretl Alberth, Antiques (Hermann Engelmann); Maronch (Eduard von der Wende, die erste Goldbäume (Charlotte Rosenthal); Oberhofmeisterin Salina Freiin von Webersdorf (Emmy Barbara); Oberhofmeister von Stoy (Josef Trautmann); Hofmarschall von Gehrts (Georg Heidinger); Paul Roderich, Erbprinz von Ullingen (Walter Gräfe); Dr. Ado von Stegatz, außerordentl. Polizeichef von Ullingen (Paul Gläser); von Ovus, von Sebenbürg, von Trockenrot, Minister von Ullingen (Edmund Burtsch, Paul Schröder, Hans Sparling); von Tiedemann, Präsident, Baron Seeborn, von Melow, Mitglieder des Haushalts von Ado von Ovus (Hugo Müller, Kurt Baabe, Willi Hermann); Mons. Metz (Karl Gläser). Ein Auftritt (Kurt Diegmann); Eine Dame (Wingoldene Arnold).
Minister, Herren, Soldaten, Damen, Kinder, Mütter, das Hochstift um See, Damen des Gesellschafts-, Goldraubern, und Durchläufer. Zunge eingeschoben von Emmy Gräfin.
1. Akt: Die kleine deutsche Meldegang Sonnenburg-Gölsdorff; 2. Akt: Woh am See in Holland, spielt drei Tage nach dem 1. Akt; 3. Akt: Lüftschlösschen der Prinzessin in der Nähe ihrer Heimat, spielt zwei Tage nach dem 2. Akt.
Einfahe Preise. Einanfang 7 Uhr, anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
Studenten- und Schülerarten ungültig.
Freitag, den 18. November; Vorstellung für den Steingraphenverein Görlitzberger; Die spanische Nachtmahl. Anfang 7½ Uhr.
Sonntags, den 19. November; Auf Hüllelein des Gefangenen. Anfang 7½ Uhr. Einfahe Preise.

Krystall-Palast

Theater

November 1921.
Täglich abends 18 Uhr:
Großer, glänzender
Varieté-Spielplan.

Battenberg
Varieté. Anfang 8 Uhr
Sylvester Schäffer
(Persönliches Aufreten)
Füllt den zweiten Teil des Programms allein aus.
Im ersten Teile des Programms:
5 erstklassige Varieté-Nummern.
Telephonische Kartenbestellungen können des großen Andrangs halber nicht berücksichtigt werden.
Battenberg-Theater. Anfang 8 Uhr
„Der Selbstmörderklub“
Sensationskomödie in 4 Aufzügen von A. Steinmann.
Morgen: „Der Selbstmörderklub.“
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Nachtfalter
Mainstrasse 18
Allabendlich 7½ Uhr
Kabarett.
***** * *****

Weitendhallen
L.-Plagwitz, 3. Hochgerichtsstr. 41. Straßenb. 2, 3, 5. Tel. 40065
Modernster Saal Leipzigs
Freitag und Sonntag Die beliebten Ball-Zelte
im renovierten Zeltsaal. Verl. Leitung: Karl Schumann.

Lindenfels
Karl-Heine-Strasse 50
Telephon Nr. 18105-96
Sonntag, 3 Uhr
Jugend-Vorstellung

Spielplan vom 18. bis 21. November 1921
Erstaufführung für Leipzig
Das Sprungbrett des Todes
Sensationsfilm in 5 Akten.

Amor im Frack
Lustspiel in 2 Akten mit
Herbert Paulmüller
und der übrige Spielplan

Gut geholzte Räume.

Promenadenstrasse 8 Königs-Pavillon Promenadenstrasse 8

Heute zum letzten Male:
Das Brandmal der Liebe
Eine Eifersuchtstragödie in 7 Akten und
Der keusche Joseph 3 Akte

Ab Freitag, den 18. Nov.:
Herrn Arnes Schatz
Eine Winterballade in 5 Akten nach der gleichnamigen Novelle von **Seima Lagerlöf** sowie
Das Los der kleinen Pierette Drama in 4 Akten

Casino-Lichtspiele, Neumarkt

Heute letzter Tag:
Verlogene Moral
Sittenbild aus dem Volkseben in 5 Akten.
Die Chose mit der Nase
und das grosse Belprogramm.

Ab Freitag, den 18. November:
Die Schuldige
Drama in 5 Akten.
Unselige Liebe – seliges Leid
(zwischen Nacht u. Morgen) Drama in 5 Akten.

Einlaß 4 Uhr, Beginn 4½ Uhr.

Welt-Theater
Lichtspielhaus/Barfußgäßchen 12

Ab heute:
In Uraufführung
der große ungarische
Monumental-Sittenfilm:



FRAUEN DIE AM WEGE STERBEN
6 Akte aus der Halb- und Lebewelt von Budapest
Ein original ungarisches Sittendrama, besetzt von einer Fülle rassiger, erstklassiger Frauenschönheiten, umgeben von verschwenderischem Luxus u. prachtvollen Toiletten. - In der Hauptrolle die wunderhübsche **FLORA SZEPESI** genannt „Die Tugendheldin“

Einzig wirkt **Neger-Kapelle** zu modernen Tänzen.....

Dieser Film wolle nicht verwechselt werden mit dem unlängst in einem hiesigen Theater gezeigten Drama: „Die am Wege sterben“

Dazu in Erstaufführung:
Das große Auslandsfilmwerk, das packendste und phänomenale Kriminaldrama seit Bestehender Lichtspielkunst, welches in allen Großstädten des In- und Auslandes volle Häuser erzielte, heißt:
Das RechtaufsLeber
(Ein guter Keri im Sträßlingskittel)
5 Akte Die Geschichte eines Justizirrtums **5 Akte** Hauptrolle: Die amerikanische Schönheit **BERT LYELL**
Beginn: Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr

Theater gut geholt

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56

Sonntag 3 Uhr
Jugend-Vorstellung

Leipziger Schauspielhaus.

Donnerstag, 17.11.21 Freitag, 18.11.21 Samstag, 19.11.21 Sonntag, 20.11.21

Donnerstag, den 17. November 1921, abends 7½ Uhr
Eilt Coopers
Ein lustvolles Stück von Koch Ros.
Personen: Eilt Coop (Altmärkte Niemann); Otto Sch (Otto Werber); Paulus Müller (Alfred Wöhrel); Eggers Wulf (Max Walden); Franz Hubert (Wilhelm Berthold).

Dienstag:

Freund Heißporns.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Emil Gött.
In Scene gesetzt von Otto Werber.
Personen: Hilf Sturm, Kaufmann (Otto Stoebel); Petrus Schröder, Kaufmann (Karl Heller); Christian, dessen Frau (Walter, Von- sefeld); Pastor Wille (Alfred Wöhrel); Dorothä, dessen Frau (Edith Kötter); Warbin, Thea, ihre Tochter (Grete Doepke); Nelly Krause (Eilt); Adolph Uhlemann (Erik Wolff); Arne, Wagn (Eduard Danzig); Otto Schreiber (Karl Goerler); Dorothä, Grete, Albert Schreiders (Grethe Schmidt), Helmi Spiegel; Die Handlung spielt in einem Dorfe der Umgegend.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Freitag, den 18. November, abends 7½ Uhr: Uraufführung: Wohlgerne.
Sonntags, den 19. November, abends 7½ Uhr: Wohlgerne.
Der vierte Spielabend läuft von 4. Woche, bis 21. Woche, 10½ bis zu diesem Tage nach die vierter Woche der Jahresliste auf der Zapfenseite eingetragen sein.

Kleines Theater.

Telefon 12800 Freitag: 18. November, 1921 Ellerstraße 42
Donnerstag, den 17. November, abends 7½ Uhr
Gärtnerplatz 10a, Neumarkt

Familie Schinner.

Schank in 3 Aufzügen von Gustav Kabelburg.
Mög: Otto Stoebel.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, den 18. November, abends 7½ Uhr: Gäßspiel Wieg Pollenberg.
Sonntags, den 19. November, abends 7½ Uhr: Gäßspiel Wieg Pollenberg.

Leipziger Puppenspiele Pfaffendorfer Str. 4 Am Alten Theater,
5 Uhr: Kasper, das tapfere Schnellerlein,
8 Uhr: Die Räuber auf Maria Culm.
Theatrum mundi: Ein Wintertag im Erzgebirge.

Drei Linden

Täglich abends 7½ Uhr:
Der fabelhafte Varieté-Spielplan
u. a.: Das russische National-Ballett „Kawkas“
Die ersten echten Hawaiian-Sänger in Deutschland:
Kanul u. Lula aus Honolulu.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Teleph. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumv., K.-Heine-Str.

Apollo-Variété

direkt am Bayrischen Bahnhof.
Täglich 7½ Uhr:
Der Schlager der Saison!
Das gewaltige Varieté-Programm!
12 Original-Neuheiten!

Außerdem:
Nobody 8 Episode:
Aus Nobodys Vergangenheit!
In der Hauptrolle: Sylvester Schäffer als Filmdarsteller.
Vorverkauf: Tageskasse 10-1 Uhr (Teleph. 11111) Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße

Große Eiche, Böhlitz-Ehrenberg

Morgen Freitag, den 18. November, Anfang 7½ Uhr
Die berühmten Leipzig. Krystall-Palast-Sänger
Nachdem **BALL.**

Tanz-Palast und Diele

Goldner Helm
L.-Eutritsch Inh.: Max Sonntag Straßenb. 16
Morgen, Freitag, das große
Sensations-Ballfest unter Mitwirkung der großen Tanz-Attraktion Schwestern KASTA und HELENA sowie Original-Jazz-Band Verstärktes Orchester

Gasthof Neustadt

Leipzig-Neustadt. — Fernruf 60 688.
Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

Gasthof Stünz.

Morgen Freitag, ab 6½ Uhr
Der beliebte Freitags-Ball.
Eintritt 3.00 Mk. Tanz frei.

Spielplan vom 18. bis 21. November

LYA MARA im Drama in 7 Akten
Tanja, die Frau an der Kette.
Charlie Chaplin in der Groteske in 2 Akten
Chaplin, der Strafling und der übrige Spielplan